

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 93

Febr./März 2018



bauhaus

INHALT

AKH kurz vor der Insolvenz	
Droht Privatisierung?	3
ÖPNV – Sozialticket abgeschmettert	7
Haushaltskalender für 2019	
Was uns lieb und teuer ist	8
Rede zu Flüchtlingspolitik	
Würde – was ist davon geblieben?	9
Village - Villitsch – Villahsch	12
Meldungen	14
Laternen: #inlovewithcelle – aber warum nur?	16
Otto Haesler als Bauhaus-Architekt (1)	
Die Glasschule - „Lichtfülle“	18
Blick nach Links und anderes	21
Zu einer Personalversammlung der Stadtverwaltung	
Die Knigge des Herrn Nigge	22
Besserwissis Anmerkungen zu Alltagslügen	24
Landesregierung zu Nigges „Asyl“-Diffamierung	25
Rund um Rojava-Solidarität	26
Theater – Soul Almanyá	27
Oskar Ansull zu Helmut Maria Soik	
Rimbaud under the Steel Helmet	28
revista-Kneipenquiz im Morlock	33
Kino, Veranstaltungen & Konzerte	34



Hallo werte Leser*innenschaft,

wir sind ein bisschen früh dran mit dem bauhaus-Jubiläum, aber: Es ist ein Jubiläums-JAHR und allerorten gibt's schon Ausstellungen und Veranstaltungen. Celle ist Teil des Ganzen, weil der Architekt OTTO HAESLER in der Zeit der Weimarer Republik in Celle einige Projekte im bauhaus-Stil realisiert hat. Wir werden diese Bauten in den fünf Heften diesen Jahres mal mit ein paar Hintergrundinfos versehen vorstellen.

Auf dem Titel ist übrigens das ehemalige Rektorenhaus der Altstädter Schule zu sehen. Unter dem Motto „bauhausSchauhaus“ will die otto haesler Bürgerinitiative Celle dort eine Ausstellung mit original Möbeln einrichten und am 11. Mai 2019 für die Öffentlichkeit zugänglich machen.

Leider geht die Beschäftigung mit dem bauhaus über eine museale Auseinandersetzung (und die Hoffnung auf einen touristischen Mehrwert) nicht hinaus. Die Frage, was „modernes Bauen“ angesichts der Klimakatastrophe heute bedeuten könnte, wird im Celler Rathaus ausgeblendet – weder auf der Allerinsel noch den Neubaugebieten an der Peripherie gibt es auch nur den Versuch einer Antwort.

Wir bedanken uns bei M. für die 100 Euro-Spende, selbstverständlich aber auch bei allen anderen Spender*innen und den Kneipenquiz-Teams.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,
 Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Morlock

AKH kurz vor Insolvenz – droht Privatisierung?

Kurz vor Weihnachten rettete der Landkreis Celle die AKH-Gruppe mit einem 12 Millionen-Kredit vor der Insolvenz. Nachdem schon im Oktober eine finanzielle Schieflage öffentlich geworden war, kam dann noch die Information dazu, dass der ehemalige Geschäftsführer des Allgemeinen Krankenhauses einen Baukredit zweckentfremdet hatte. Weder die Öffentlichkeit noch die Beschäftigten erhalten hinreichende Informationen dazu, wie es dazu kommen konnte – und vor allem: Auf wessen Kosten wird saniert? Dass dabei trotz eines Dementis der CDU-Kreistagsfraktion auch eine Privatisierung im Raum steht, ist klar.

Verantwortlichkeiten

Das Allgemeine Krankenhaus ist Teil der sogenannten AKH-Gruppe, zu der auch das Klinikum Peine gehört. Zusätzliche ambulante Leistungen werden angeboten über die Medizinischen Versorgungszentren in Celle (am AKH) und Hermannsburg sowie dem als gGmbH organisierten ambulanten Pflegedienst und Therapiezentrum AKH Ambulant – zur Gruppe gehört schließlich noch die gGmbH Hospiz Haus.

Die AKH-Gruppe selbst ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Das Krankenhaus in Celle steht damit unter „frei-gemeinnütziger“ Trägerschaft. Wo Kommunen (also Städte oder Landkreise) Krankenhäuser betreiben, wird von „öffentlicher“ Trägerschaft gesprochen. Schließlich gibt es noch „privat wirtschaftlich“ betriebenen Kliniken. Bundesweit sind aktuell 707 Kliniken privat, 674 frei-gemeinnützig und 570 öffentlich – in den letzten Jahren gab es einen Zuwachs bei den Privaten.

Der zentrale Unterschied ist, dass private Kliniken aus dem Gewinn eine Rendite an die Gesellschafter abführen wollen. Erwirtschaftet wird dies in aller Regel durch einen schlechteren Pflegeschlüssel und niedrigere Löhne.

Das Allgemeine Krankenhaus entwickelte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus Stiftungsgeldern von Bürgern. Ende 1844 wurden die Stiftungs-„gesetze“ genehmigt und im Folgejahr nahm das Hospital seinen Betrieb auf. Allgemein ist das Sozial- und Gesundheitswesen in Deutschland aus derartigen (zumeist auch konfessionell gebundenen) Stiftungen entstanden.

Geführt wird die Stiftung von einem Vorstand. Seit 15. Februar 2018 ist dies Dr. Martin Windmann, sein Vorgänger war Stephan Judick. Das einzige Kontrollgremium ist der Aufsichtsrat. Dort sitzen neben Klaus Wiswe als Vorsitzendem und Dr. Jörg Nigge als Stellvertreter (beide sind sogenannte „ge-

borene Mitglieder“, d.h. als Landrat bzw. Oberbürgermeister in diesen Funktionen) sechs Mitglieder des Kreistags und zwei des Stadtrates. Dazu kommen vier weitere Mitglieder mit beratender Stimme, darunter der Betriebsratsvorsitzende.

Hauptverantwortliche für die Misere sind selbstverständlich der ehemalige Vorstand Stephan Judick und der Aufsichtsratsvorsitzende Klaus Wiswe.

Rechtlich ist es übrigens so, dass der sogenannte Sicherstellungsauftrag für die stationäre Krankenhausversorgung bei den Landkreisen (bzw. kreisfreien Städten) liegt. D.h.: Für den Fall einer Insolvenz der AKH-Gruppe würde die Verpflichtung zur Trägerschaft dem Landkreis Celle anheimfallen.

Millionenkarussell

Das AKH steckt nicht das erste Mal in einer finanziellen Krise. Die AKH Gruppe fuhr 2010 und 2011 jeweils rund fünf Millionen Euro Minus ein. Daraufhin wurde die Beratungsfirma Roland Berger für knapp eine Million Euro mit einem Gutachten beauftragt, das Einsparpotenziale im zweistelligen Millionenbereich aufzeigte. Was davon und wie umgesetzt wurde, ist in der Öffentlichkeit unbekannt. Die nicht abreißenden Klagen der Beschäftigten über Arbeitsverdichtung kommen aber nicht von ungefähr.

Der erste Schock kam für die Beschäftigten auf einer Betriebsversammlung am 17. Oktober. Da verkündete der Vorstand, dass die abschließende Bilanz für das Geschäftsjahr 2017 statt eines ursprünglich verkündeten Gewinns von 700.000 Euro nach „Rechnungskorrekturen“ nun ein Minus von 16,5 Millionen Euro ausweise – 10,3 beim AKH, 6,2 beim Klinikum Peine.



Die CZ, der vertrauliche Unterlagen zur Aufsichtsratsitzung vom 30. August vorlagen (über die – nur nebenbei – „einfache“ Rats- und Kreistagsmitglieder nicht verfügen), stellt das „Problem“ so dar:

„Konkret geht es um die Bewertung ausstehender Forderungen meist gegenüber den Krankenkassen [...] In der Bilanz tauchen diese Beträge auf der Habenseite auf, da es sich um Geld handelt, das den Kliniken zusteht. Doch viele Rechnungen, die von den Krankenkassen bemängelt wurden, dürften nie mehr in voller Höhe bezahlt werden. Unter Judick wurden Forderungen nach 180 Tagen zu 50 Prozent abgeschrieben, nach einem Jahr komplett. Eine Vorgehensweise, die durch die Bilanzvorschriften gedeckt ist. Letztlich waren die Jahresabschlüsse von Judick auch stets von anderen Unternehmensprüfern als korrekt bestätigt worden. Die von Windmann beauftragten Wirtschaftsprüfer kamen allerdings zu anderen Schlussfolgerungen. Demnach müsste man nach 90 Tagen 70 Prozent, nach 180 Tagen 80 Prozent, nach 270 Tagen 90 Prozent und nach einem Jahr 100 Prozent der ausstehenden Beträge abschreiben. Das führt zu einer deutlichen Wertberichtigung in der Bilanz.“

Eine Bewertung kann Außenstehenden nicht gelingen. Auf den ersten Blick ist nicht plausibel, wieso daraus mehr als ein Schaden auf dem Papier entstanden sein soll. Das eigentliche Problem ist doch wohl eher, dass Rechnungen nicht vollständig bezahlt werden.

Laut CZ schneiden Celle und Peine bei den Überprüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen schlechter ab als der Durchschnitt: *„Je kontrolliertem Fall verliert das AKH durchschnittlich 30 Prozent der Rechnungssumme, in Peine sind es 26 Prozent. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 15 bis 20 Prozent.“*

Beide „Baustellen“ scheinen lösbar. Es handelt sich nicht um Kosten, sondern um entgangene Einnahmen. Es ist also an diesem Punkt absolut nicht nachzuvollziehen, warum deshalb ein „Sanierungskurs“ eingeleitet werden

Der Aufsichtsrat der Stiftung AKH Celle

Der Aufsichtsrat setzt sich so zusammen: Landrat des Landkreises Celle Klaus Wiswe (Vorsitzender, CDU), Oberbürgermeister der Stadt Celle Dr. Jörg Nigge (stellv. Vorsitzender, CDU), aus dem Kreistag benannte weitere Mitgliedern: Dr. Hans-Georg Ratsch-Heitmann (stellv. Vorsitzender, CDU), Thomas Adasch (Mitglied des Landtages, CDU), Dr. Harten Voss (FDP), Frank Pillibeit (AfD), Maximilian Schmidt (SPD), Angela Hohmann (SPD), vom Rat der Stadt Celle benannte Ratsmitglieder: Heiko Gevers (CDU), Michael-Niklas Rühle (SPD) und als beratende Mitglieder: Superintendentin der evangelisch-lutherischen Kirche Dr. Andrea Burgk-Lempart, Landrat des Landkreises Peine Franz Einhaus, Vorsitzender der Stiftung St. Josef Celle Dr. Andreas Scholz, Betriebsratsvorsitzender Ralf Laumert.

Die AKH-Gruppe

Die AKH-Gruppe ist einer der größten Akutkrankenhausbetreiber Niedersachsens. Das AKH Celle versorgte im Jahr 2016 mit 635 Betten pro Jahr über 32.000 Patienten stationär und über 1.500 Kinder wurden hier geboren. Am Klinikum Peine wurden mit 312 Betten rund 15.000 Patienten stationär versorgt und 437 Babys geboren. Mit etwa 2.700 Mitarbeitern ist die AKH-Gruppe einer der größten Arbeitgeber in der Region. Der Gesamtumsatz soll rund 160 Mio. Euro betragen.

soll, der von allen Abteilungen mitgetragen werden müsse – wie es heißt. Nachvollziehbar ist einzig, das Rechnungswesen zu optimieren. Und da müssten dann doch wohl eher mehr Mitarbeiter*innen eingestellt und sie müssen besser qualifiziert werden.

Zweckentfremdung

Gravierender sind die Vorwürfe in Richtung Judick in einer anderen Causa, die dann kurz vor Weihnachten zu Liquiditätsproblemen führte – sprich: Die Beschäftigten hätten Ende Dezember ihre Gehälter nicht erhalten können. In einer Vorlage für den Kreisausschuss heißt es:

„Im Rahmen der gutachterlichen Überprüfung der Sachverhalte ist die Inanspruchnahme eines Darlehens in Höhe von 25 Mio. Euro aufgefallen, das das AKH von der Evangelischen Bank zweckgebunden für Baumaßnahmen bekam. Von diesen 25 Mio. Euro wurden lediglich 4 Mio. Euro vertragsgemäß verwendet. Die restlichen 21 Mio. Euro wurden nicht wie im Darlehensvertrag angegeben für Baumaßnahmen, sondern teilweise als Betriebsmittelkredit verwendet. Dieser Umstand musste der Evangelischen Bank offengelegt werden. Am 19.12.2018 teilte die Bank in einem Folgegespräch mit, dass die nicht zweckentsprechend genutzte Beträge aus dem Darlehen in Form einer Sondertilgung zurückzuführen seien. [...] Dies hat zur Folge, dass freie Mittel in Höhe von ca. 15 Mio. Euro, die im Endeffekt auch aus dem Darlehen stammen, nicht mehr verwendet werden dürfen. Damit könnten die aktuellen laufenden Rechnungen nicht bezahlt werden und die Auszahlung der Dezembergehälter nicht mehr erfolgen.“

Der Landkreis Celle sprang mit einem Liquiditätskredit in Höhe von 12 Millionen Euro ein, der Landkreis Peine steuerte weitere zwei Millionen dazu.

Einer strafrechtlichen Bewertung enthalten sich alle Beteiligten – Judick äußerte sich nicht zu der Angelegenheit und lässt sich von einem Rechtsanwalt vertreten. Der Schaden aber ist immens. Und inzwischen muss die Frage erlaubt sein, warum Judick im Herbst 2017 so überraschend kündigte, um den Vorsitz des Klinikums Herford zu übernehmen.

Selbstverständlich ist auch zu fragen, ob der Aufsichtsrat unter Leitung von Landrat Klaus Wiswe seine

Pflichten vernachlässigt hat. Dazu kommentierte die CZ am 30.10., sonst immer fest an des Landrats Seite:

„Die Mitglieder des Gremiums müssen sich daher nicht wundern, dass nun ihre Kompetenz in Frage gestellt wird. Doch das allein ist nicht der kritische Punkt. „Zu viele Fragen können die Atmosphäre vergiften“, sagt Aufsichtsratsvorsitzender Klaus Wiswe. Das ist eine Bankrotterklärung für ein Kontrollorgan. Die Aufsichtsratsmitglieder werden offensichtlich ihrer Aufgabe nicht gerecht und sollten ihre Rolle und Verantwortung überdenken. Wer kritische Diskussionen scheut, hat dort nichts zu suchen.“

Privatisierung

Im Oktober ließ sich Celles Oberbürgermeister Nigge mit den Worten zitieren, es dürfe *„im weiteren Prozess keine Denkverbote“* geben: *„Zumindest darf auch eine Privatisierung nicht von vornherein ausgeschlossen werden.“* Er sei sich aber sicher, dass *„ausreichend wirtschaftliches Potenzial“* vorhanden sei, um diese Option nicht ziehen zu müssen.

Gelegentlich werden die Konsequenzen einer Privatisierung heruntergespielt. Statistiken aber weisen aus, dass z.B. Pflegekräfte erheblich weniger verdienen: Gegenüber öffentlich-rechtlichen im Durchschnitt von 2015 waren es brutto 6097 EUR/a weniger, gegenüber freigemeinnützigen 2550 EUR/a. Von allen Beschäftigtengruppen verdienen einzig die Ärzt*innen in Privatkliniken durchschnittlich mehr Geld. Hinsichtlich der Pflege war die Anzahl der durchschnittlich je Vollkraft pro Arbeitstag zu versorgenden belegten Betten in Privatkliniken mit 6,8 höher als in freigemeinnützigen mit 6,2 oder öffentlichen mit 5,7 (2014).

Die SPD-Aufsichtsratsmitglieder sprachen sich sofort gegen eine Privatisierung des AKH aus. Wie vorher schon Landrat Wiswe verkündete im Dezember dann auch die CDU-Kreistagsfraktion an dem AKH *„als kommunal verantwortetes Krankenhaus“* festzuhalten.

Allerdings sind diese Versicherungen aktuell nur die besänftigende Begleitmusik zu den laut hinausposaunten *„Sanierungszwängen“*. In einem Brief an die Mitarbeiter*innen schreibt Vorstand Widmann: *„Die AKH-Gruppe muss zur Sicherung der Zukunft jetzt schnellstens einen sicherlich nicht leichten Sanierungsweg beschreiten. Unsere Strukturen und Prozesse müssen überprüft und dann entsprechend verändert werden. Denkverbote gibt es hier nicht. Dies bedeutet daher auch Einsparungen im Personalbereich über alle Berufsgruppen. Erste Ergebnisse der laufenden Analysen zur Personalsituation zeigen die Notwendigkeit einer Reduzierung des Personals über fast alle Bereiche hinweg.“*

Unter der Zwischenüberschrift *„Weniger Geld für Küchen- und Putzkräfte?“* berichtete der NDR:

„Nach dem Willen des Vorstandes sollen die Mitarbeiter mithelfen, das Defizit zu beseitigen. Gemeinsam mit Führungskräften und dem Betriebsrat habe bereits

Vorstände

Stephan Judick war von 1992 bis 2002 als Pflegeteiler im Hospital zum Heiligen Geist in Fritzlar tätig. 2002 wurde er Direktor für Krankenpflege und Patientenmanagement am AKH, 2009 Vorstand für Krankenversorgung und Patientenmanagement, bis er 2011 das Amt des Finanzvorstandes und Vorstandssprechers übernahm und 2012 Alleinvorstand der gesamten AKH-Gruppe wurde. 2018 übernahm er den Vorsitz des Vorstandes im Klinikum Herford.

Martin Windmann war vor seiner Tätigkeit für die AKH-Gruppe rund 20 Jahre im Krankenhaus-Management tätig, unter anderem die letzten sieben Jahre als Geschäftsführer für die Johanniter und somit bundesweit zuständig für alle Johanniter-Krankenhäuser. Davor arbeitete er als Hauptgeschäftsführer der Sana-Kliniken in Düsseldorf und in Duisburg.



Der ehem. Betriebsratsvorsitzende Ernst-Günther Mörsel während einer Aktion im Jahr 2010. Foto: J. Elendt



Anlässlich einer außerordentlichen Sitzung des AKH-Aufsichtsrates empfangen am 27. November etwa fünfzig Krankenhausbeschäftigte die Mitglieder dieses Gremiums unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Misswirtschaft“ und überreichten "Ruten für den Aufsichtsrat" und einen „Nachdenkzettel“ mit folgenden Forderungen

Nachdenkzettel

- Das Krankenhaus gehört den Bürgerinnen und Bürgern.
- Privatisierung ist Enteignung der Bürgerschaft.
- Gesucht: Aufsicht für den Aufsichtsrat (w/m/d).
- Keine Boni für Schlechtleistung.
- Bonuszahlungen zurückholen.
- Schluss mit dem Beraterirrsinn.
- „Schmerzliche Maßnahmen“ vertreiben Patient*Innen und Beschäftigte.
- Keine Beschlüsse gegen Patientenwohl und Arbeitnehmer.
- Zukunftsgestaltung in der AKH-Gruppe nur mit engagierten Mitarbeiter*Innen und nicht gegen sie.
- Hände weg von unseren Arbeitsverträgen.
- Hände weg von der VBL.
- Für attraktive Arbeitsplätze in Stadt und Landkreis.
- Outsourcing ist Qualitätsverlust.
- Gegen Tariffucht und Lohndumping.
- Leiharbeit ist Sklaverei.

Wir zahlen nicht für eure Misswirtschaft!

eine Personalbedarfsanalyse begonnen, so die AKH-Gruppe. Es gehe darum zu gewährleisten, Mitarbeiter effektiv und bedarfsgerecht einzusetzen.“ Was der Cheftage immer zuerst einfällt: Mitarbeiter*innen aus dem Bereich Logistik-, Küchen- und Putzkräfte outzusourcen, um sie in einen schlechteren Tarif zu zwingen. Betroffen wären bis zu 280 Angestellte.

Ein Sanierungsgutachten ist in Arbeit. Für den Kredit hat sich der Landkreis das Recht gesichert, dieses Gutachten bis zum 31.05.2019 vorgelegt zu bekommen. Das hat immerhin den Vorteil, dass die Öffentlichkeit über die Kreistagsmitglieder einen Einblick bekommen kann. Der Nachteil derartiger Gutachten liegt immer darin, dass sie Objektivität und Alternativlosigkeit vorgaukeln.

Interview mit Ernst-Günther Mörsel: Privatisierung ist Enteignung der Bürgerschaft

??: Du warst bis 2014 als Arbeitnehmervertreter beratendes Mitglied im Aufsichtsrat der AKH-Gruppe. Wie können sich unsere Leser*innen die Arbeitsweise dieses Gremiums vorstellen?

!!: Nach meiner Wahrnehmung beschreibt das Zitat des Aufsichtsratsvorsitzenden die Arbeitsweise durchaus treffend: „Zu viele Fragen können die Atmosphäre vergiften“. Es wurde mehr oder weniger erwartet, dass man den Berichten von Vorstand, Direktorium, Unternehmensberatern und Wirtschaftsprüfern blind vertraute. Kritik war eher unerwünscht und führte gelegentlich auch zu heftigen Reaktionen seitens der Führungskräfte und der politischen Mehrheitsfraktion.

Wiederholt hatte ich den Eindruck mangelnder Informiertheit bei den Aufsichtsratsmitgliedern. Einerseits wurden wohl nicht alle Informationen aus dem Präsidium des Gremiums weitergegeben; andererseits fehlte es zeitweilig wohl auch am Interesse der Aufsichtsräte, besonders bei umfangreichen Unterlagen wie Wirtschafts- und Stellenplänen. Daneben ist das Gesundheitssystem in Deutschland ja tatsächlich kompliziert und das Geschäft mit der stationären Krankenversorgung in Zeiten der Fallpauschalen besonders schwer durchschaubar.

??: Was ist Deine Sicht auf die Vorwürfe hinsichtlich der Frage der Bilanz - also der Frage der unterschiedlichen Abschreibung von offenen Rechnungen - und hinsichtlich der Zweckentfremdung von Geldern?

!!: Da schließe ich an meine letzte Antwort an. Offensichtlich gibt es ja ganz unterschiedliche, aber gleichermaßen zulässige Bewertungen von Außenständen der Krankenhäuser. Wenn also das Bilanzergebnis von der Art der Berechnung und der gerade aktuellen Gesetzeslage abhängt, dann kommt es eben darauf an, ob Judick richtig gerechnet hat – wie er ja weiter betont – oder ob Windmann jetzt richtig rechnet. Das darf aber nicht dazu führen, dass schon wieder vom „Sanierungsfall AKH“ die Rede ist. Das ist auch nicht gut für unser Krankenhaus, weder bei der Gewinnung von Arbeitskräften noch für das Patientenvertrauen.

Die Frage des zweckentfremdeten Baukredits sehe ich anders. Wie ich die Meldung verstehe, wurde das Geld 2016 zur Deckung laufender Kosten missbraucht. Am 11. Juli 2016 ließ sich Judick in einem umfangreichen CZ-Artikel für einen Bilanzgewinn von drei Millionen Euro feiern.

Vorausgesetzt der Vorwurf der Zweckentfremdung trifft zu, dann wäre das bei tatsächlicher wirtschaftlicher Schieflage des Konzerns mehr als dreist. Dann wäre es aber auch Aufgabe des Aufsichtsrates, Judick zur Re-

chenschaft zu ziehen und Bonuszahlungen zurückzufordern, die ja dann zu Unrecht geflossen sind.

Aber eins muss ich auch noch in Richtung Aufsichtsrat sagen: Er hat eine Alleinherrschaft von Stephan Judick zugelassen, nachdem 2011 und 2012 die anderen Vorstände Norbert Mischer und Marc Nickel ausgeschieden sind. Damit fiel der klassische Vier-Augen-Kontrollmechanismus weg, ein Mindeststandard in der Führung eines Unternehmens dieser Größe. Eine erwähnenswerte Fehlleistung des Aufsichtsrats. Nach dem Ausscheiden von Mischer gab es in der Führungsspitze auch keinen „gelernten“ Ökonomen mehr – bedauerlich ist allerdings, dass ein Krankenhaus den überhaupt braucht.

Und dazu passend: Judick ist ja jetzt Vorstand an einer Klinik in Herford. Auch dort hat er nach kurzer Zeit die Alleinherrschaft übernommen. Der zweite Vorstand in der Herforder Klinik Rudolf Küster hat „aus persönlichen Gründen“ um Auflösung seines Arbeitsvertrages gebeten. Ein solcher Führungsstil führt leicht dazu, dass jegliche Kritik an Führungsentscheidungen unterbleibt, weil Sanktionen drohen. Dafür gab es in den letzten Jahren auch im AKH Beispiele.

?: Aus unserer Sicht ist es so: Die kostenträchtigen Fehler sind auf der Verwaltungsebene entstanden - ob mutwillig oder nicht, ist erstmal egal. Aber jetzt stellen sich Vorstand und Aufsichtsratsvorsitzender hin und verlangen Sanierungsanstrengungen auf allen Ebenen – und OB Nigge wollte gleich eine Diskussion um Privatisierung eröffnen. Was hältst Du davon?

!!: Zum einen zeigt Ihr das Foto von unserem Empfang des Aufsichtsrates durch die Beschäftigten am 27. November 2018 mit der Aufschrift: „Wir zahlen nicht für Eure Misswirtschaft“. Dahinter stehe ich in jeder Bedeutung des Wortes.

Zum anderen druckt ihr ja auch den Nach-Denkzettel ab, den wir anlässlich der Aufsichtsratsitzung verteilt haben. Ausgehend von der Tatsache, dass das AKH als Stiftung Celler Bürger entstanden ist, muss man feststellen:

Das Krankenhaus gehört den Bürgerinnen und Bürgern. Privatisierung ist Enteignung der Bürgerschaft.

Und selbstverständlich bin ich der Meinung, dass stationäre Gesundheitsversorgung eine öffentliche Aufgabe ist und damit in öffentliche Verantwortung und Trägerschaft gehört. Hier würde sich die Forderung anschließen, dass die Länder gemäß ihrem Auftrag die Investitionskosten der Häuser komplett tragen müssten und ihrer Verpflichtung zur Qualitätskontrolle nachkommen müssten. Die Krankenkassen müssten die gesetzliche Möglichkeit zur Prüfung erhalten, dass ihre Zahlungen auch sachgerecht genutzt werden, nämlich weder für Investitionen noch zur Befriedigung von Aktionärsinteressen.

Und vor allem: Die Arbeitsbedingungen im Pflegedienst müssten dramatisch verbessert werden, sonst wird aus dem Pflegenotstand die Pflegekatastrophe werden.

Verwaltung beerdigt Sozialticket

Uca: „Arbeitsverweigerung“

In ihrer diesjährigen Rede zum Kreishaushalt bezog sich Behiye Uca (Die Linke) schwerpunktmäßig auf die Bearbeitung ihres Antrags zur Einführung eines Sozialtickets durch die Kreisverwaltung. Den Antrag hatte sie vor knapp zwei Jahren eingereicht, jetzt wurde er vor der Kreistagsitzung im Kreisausschuss „beerdigt“. Uca beklagte: „Die Verwaltung hat sich nicht mal mehr um den Anschein bemüht, diese Antrag anständig zu bearbeiten. Was hier passiert ist, lässt sich eigentlich nur mit dem Wort „Arbeitsverweigerung“ beschreiben.“

Uca hatte beantragt, dass, wer Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV), SGB XII (Grundsicherung im Alter) oder Asylbewerberleistungsgesetz erhält, künftig im Celler Busverkehr nur noch den halben Preis bezahlen soll. Genauso wird es zum Beispiel im Großraumverkehr Hannover (GVH) gehandhabt. Die Kreisverwaltung machte dazu eine Modellrechnung auf, die sich zum einen nur auf Monatskarten bezog und zum anderen Erfahrungen aus anderen Orten nicht berücksichtigte. So berechnete die Kreisverwaltung am Ende auf Grundlage eines einzigen Modellfalls einen jährlichen Zuschussbedarf von 1,6 Millionen Euro im Jahr.



Behiye Uca sagte dazu in ihrer Haushaltsrede: „Offensichtlich hat kein einziges Gespräch mit einer Kommune stattgefunden, die ein solches Modell umgesetzt hat. Und anscheinend sind auch keine Studien zu Hilfe genommen worden. Also: Die Zahlen über Nutzungsfrequenzen sind einfach aus der Luft gegriffen. Und es ist auch nicht ersichtlich, ob ein Gespräch mit CeBus stattgefunden hat. Wofür wäre das wichtig gewesen? Selbstverständlich für die Frage, in welcher Höhe der Kreis Ausfälle zu tragen hätte. Denn die Annahme, jedes Ticket müsste bis zum vollen Preis ersetzt werden, ist schlicht und einfach Quatsch.“

Die Kreistagsabgeordnete argumentierte, dass wegen des Sozialtickets ja kein einziger Bus mehr fahren müsse. Es würde sich nur die Auslastung ändern. Kompensiert werden müssten also nur Fahrten, die bisher zum normalen Tarif gemacht wurden und beim Sozialticket die Hälfte kosten würden. Das brachte Uca zu folgendem Schluss: „Da ich aber davon ausgehe, dass mit einem günstigeren Tarif weit mehr Fahrten unternommen werden, kann das ein mögliches Minus bei CeBus nicht nur auffangen, sondern im besten Fall sogar ein Plus zustande kommen lassen. Meine Modellrechnung, für die ich jetzt auch nicht mehr Zeit aufgewendet habe als die Verwaltung, kommt also zum Ergebnis, dass der Landkreis keinen einzigen Euro zusteuern müsste. Das eine ist so plausibel wie das andere.“

Was uns lieb und teuer ist

Im Dezember verabschiedeten Kreistag und Stadtrat die Haushalte für das Jahr 2019. Die Stadt war wieder in der Rolle der armen Verwandtschaft, während der Kreis den reichen Onkel gab. Die Mehrheitsgruppe aus CDU, WGL, FDP und UB beschloss zum Vorteil der Gemeinden eine Senkung der Kreisumlage um 0,5 Prozentpunkte und eine Sonderausschüttung in Höhe von 6,5 Millionen Euro. Bündnisgrüne und SPD hatten eine Senkung der Kreisumlage um 2 Punkte gefordert. - In der Stadt verschaffte die SPD im zweiten Anlauf OB Nigge und der CDU eine Mehrheit für ihren Haushalt. Letztere hatten gegen ihre Überzeugung einer von der SPD geforderten Einstellung von Mitteln für die Sanierung Neuenhäusens zugestimmt.

Im Folgenden sollen nur zwei Aspekte vertieft werden, die doch sehr an einen fiktiven Ort erinnern.

Teure Jugendhilfe

Die Abgabe der Jugendhilfe von der Stadt an den Landkreis wurde ja u.a. damit begründet, dass es wegen der berühmt-berüchtigten Synergieeffekte unterm Strich billiger würde. Denkste! Erstmals ist es so, dass der Landkreis der Stadt in den Jahren 2019 und 2020 Miete zahlt, zusammen: 656.000 Euro. Warum? Die vom Landkreis übernommenen Mitarbeiter*innen bleiben erstmal in ihren alten Büros und dafür nimmt die Stadt dann eine Miete. Für uns Steuerzahler*innen ist das zwar rechte Tasche, linke Tasche. Im Zeitalter des Denkens in Kostenstellen aber ... Und: Sie sollen ja nicht in Neuen Rathaus bleiben. Unter anderem deshalb hat der Landkreis das Gebäude in der Speicherstraße gekauft, in dem aktuell noch die IKK sitzt. Kosten: 1,69 Millionen Euro. Da sollen dann wohl die neuen Landkreis-Mitarbeiter*innen ab 2021 rein. Und die Stadt? Sie hat zwar erstmal einen positiven Effekt in der Kasse, ab 2021 aber etliche Quadratmeter leerstehender Bürofläche zu vermarkten. Wie hieß nochmal der fiktive Ort, in dem die Stadtoberen das Sonnenlicht in Eimern in ihr Rathaus trugen, weil sie vergessen hatten, Fenster einzubauen? Ah ja: Schilda.

Teure Küche

Die Sparfüchse im Celler Rathaus haben beim Haushalt für das Jahr 2019 sich mal wieder von ihrer besten Seite gezeigt. Sie lassen für eine neue Küche in der CongressUnion 570.000 Euro springen. Die einzige Information, die Rat und Öffentlichkeit dazu bekamen, lautet so:

„Der Ersatz der Kühlverbundanlage und Küche im BgA Congress Union Celle betrifft den Betrieb des Thae's Wirtshaus. Die Anlage ist im Jahr 2018 bereits

defekt ausgefallen und musste notdürftig in Gang gehalten werden. Der Betrieb des Wirtshauses ist einträglich und verbessert das Ergebnis des BgA. Ein Ausfall des Betriebs ist bei weiterer Wahrnehmung der Aufgabe nicht hinnehmbar und unrentabel.“

Oliver Müller, DIE LINKE/BSG, sagte dazu in seiner Haushaltsrede: *„Ich will hier wahrlich nicht als Wettbewerbshüter auftreten. Aber was die Gastronominnen und Gastronomen in dieser Stadt davon halten, können Sie sich denken. Bei Anträgen sozialer Einrichtungen dieser Stadt heißt es aus der Verwaltungsspitze oftmals, solch eine positive Bescheidung könne bei anderen Begehrlichkeiten wecken. Meine Damen und Herren, was glauben Sie denn was diese Zahlung bei anderen Gastronomen auslöst, wenn sie dies mitbekommen? Im Übrigen sehe ich persönlich es höchst kritisch, wenn ein Wirtschaftsunternehmen, was ja in Konkurrenz zu Mitbewerbern steht, mit öffentlichem Geld subventioniert wird.“*



Für die behauptete Rentabilität des Thae's erhalten Rat und Öffentlichkeit selbstverständlich keine Belege. Müller erinnerte in diesem Zusammenhang an das Jahr 2016: Mit der Begründung, dass es in der Union mehr Veranstaltungen gegeben habe, begründete die Verwaltungsspitze den Ausgleich eines zusätzlichen Defizits in Höhe von 185.000 Euro.

Ein „Thema“ wurde die „neue Küche“ aber nicht. CDU, FDP, Unabhängige und SPD stimmten brav zu. Immerhin: Im Haushaltssicherungskonzept wurde die „Überprüfung der Strukturen der CongressUnion“ als Prüfauftrag verankert. Aber das dauert anscheinend. Auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE/BSG hatte die Verwaltung im September 2017 im Finanzausschuss mitgeteilt, dass Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie zur Optimierung der finanziellen Situation der Congress Union Celle im ersten Quartal 2018 vorliegen würden. Vielleicht liegen sie seitdem ja vor. Davon, dass Oberbürgermeister Nigge Rat oder Verwaltung darüber informiert hätte, ist uns aber nichts bekannt.

Würde – was ist davon geblieben?

Am 22. Dezember demonstrierten in Eschede das „Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ und das „Netzwerk Südheide“ gegen eine Wintersonnenwendfeier der neofaschistischen Szene Norddeutschlands. Horst Peter Ludwigs hielt als Vertreter des Flüchtlingsrats und für Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus eine Rede zur Flüchtlingspolitik u.a. von Stadt und Landkreis Celle, die die Würde des Menschen nicht (mehr) gewährleistet. Wir dokumentieren die Rede in Auszügen:

Am 10.12.2018 jährte sich zum 70. Mal die Unterzeichnung der Erklärung der allgemeinen Menschenrechte. Seit Mitte der 1990er Jahre ertrinken Menschen bei der Flucht.

Statt zu helfen werden die europäischen Außengrenzen massiv geschützt und zivile Seenotrettung kriminalisiert. Nächtliche Abschiebungen, Trennung von Familien, Missachtung von Schutzzonen, Wiedereinführung des Gutscheinsystems: Seit Horst Seehofer Bundesinnenminister ist, wird das Leben für Geflüchtete in Deutschland immer rauer. Das alles ist ein Skandal und nicht länger hinnehmbar. Wir müssen aufmerksam bleiben und werden, was landauf und landab passiert. [...]

Ich will euch Geschichten von Menschen erzählen, deren Behandlung mit Menschenwürde nichts mehr zu tun hat. Zunächst die Geschichte einer gescheiterten Abschiebung:

Im November 2018 betreten nach Angaben des betroffenen Asylsuchenden sechs Uniformierte sowie Mitarbeiter der Ausländerbehörde und der Kommune um 2 Uhr sein Zimmer. [...] Sie haben ihn geweckt und mitgeteilt, dass er nach Italien abgeschoben werden soll. Er wurde aufgefordert, seine Sachen zu packen. Dies hat er verweigert und darauf hingewiesen, dass er krank sei und Medikamente einnehmen müsse. Dies führte dazu, dass ihm Handschellen angelegt wurden. Er konnte dann noch die Unterlagen der psychiatrischen Klinik vom Oktober 2018 vorlegen. Im Entlassungsbericht wird als Diagnose benannt „Anpassungsstörung mit akuter Suizidalität“ und er hat das Medikament vorgelegt, das er einnehmen soll.

Dies gab er den uniformierten Beamten. Daraufhin teilten die Beamten ihm mit, dass er nicht nach Italien abgeschoben würde. Die Mitarbeiterin der Ausländerbehörde des Landkreises Celle bestand trotzdem auf der Abschiebung. Sie nahm sowohl den Entlassungsbericht der Klinik als auch weitere ärztliche Unterlagen und die Medikamente des betroffenen Flüchtling an sich und äußerte sich gegenüber den Beamten: „Der ist nicht krank,

er ist gesund“, woraufhin von Seiten der Beamten die Abschiebeaktivitäten wieder forciert wurden.

Der Flüchtling wurde erneut aufgefordert, seine Sachen zu packen. Er zeigte sich dazu bereit und ihm wurden die Handschellen abgenommen. Seine Schuhe waren nicht in dem Raum, so dass er sie erst beschaffen musste. Er bat darum, den Raum verlassen zu dürfen. Als er dies umsetzen wollte, wurde er von einem Beamten geschubst. Dabei stürzte der Flüchtling und zog sich mehrere Verletzungen zu, Prellungen und leichte Wunden. Der Beamte ließ von ihm ab und ihm wurde ermöglicht, seine Schuhe zu holen. Vorher wurden ihm aber noch sein Handy und seine Brieftasche abgenommen.

Er konnte dann den Raum verlassen, was er dazu nutzte wegzulaufen. Er sagt heute: „Ich hatte Angst um mein Leben.“ Es wären mehrere Personen hinter ihm hergelaufen. Er berichtete dann weiter, dass sie wohl dreimal hinter ihm hergerufen hätten, dass er zurückkommen soll. Sie würden ihn nicht mehr nach Italien abschieben. Dieser Aufforderung ist er jedoch nicht nachgekommen.

**Die WÜRDE
des Menschen
ist unantastbar.
Sie zu achten und zu schützen
ist VERPFLICHTUNG
aller staatlicher Gewalt.**

Einige Stunden später sei er wieder in sein Zimmer zurückgegangen und habe sich schlafen gelegt. Um 9 Uhr seien dann wieder Polizeibeamte gekommen. Es muss sich dabei um Polizeibeamte gehandelt haben. Er habe geschlafen, sie weckten ihn und hätten ihm Handschellen angelegt.

Er wurde zur Polizeidienststelle nach Celle gebracht. Dort sollte er Papiere unterschreiben, dies hat er jedoch nicht gemacht. Er hat nicht verstanden, um was für Papiere es sich dabei handelt. Seine Brieftasche und sein Handy wurden ihm dann ausgehändigt. Er konnte um 13 Uhr die Polizeidienststelle verlassen.

Der Betroffene ist daraufhin zur Ausländerbehörde und wollte die Mitarbeiterin, die ihm seine Unterlagen von den Ärzten und die Tabletten abgenommen hat, sprechen, um seine Sachen wieder zu erhalten. Nach Angabe der Ausländerbehörde war die Mitarbeiterin nicht da,

und andere fühlten sich nicht zuständig. Erst nach längerem Aufenthalt in der Ausländerbehörde wurde ihm mitgeteilt, dass die zuständige Mitarbeiterin 14 Tage im Urlaub sei. Er wurde aufgefordert, die Ausländerbehörde zu verlassen.

Das ist institutioneller Rassismus, leider kein Einzelfall und stetig zunehmend, landauf und landab.

[...] „Rückführung, Rückführung und nochmals Rückführung“ mahnte Angela Merkel im September 2016. Doch aus verschiedenen, rechtlichen aber auch praktischen und politischen Gründen kann die Zahl der Abschiebungen nicht einfach beliebig nach oben geschraubt werden. Folge ist, dass neue Abschiebeknäste errichtet wurden, Gesetze geändert wurden, um den Betroffenen die Abschiebungen nicht mehr ankündigen zu müssen, zentrale Abschiebeeinrichtungen wurden geschaffen und viele weitere Verschärfungen.

Die Zahl der Haftfälle hat sich zwischen 2015 und 2017 von 1.813 auf 4.089 mehr als verdoppelt, obwohl sich die Zahl der Abschiebungen nur geringfügig verändert hat. Diese Entwicklung ist erschreckend und passt leider ins Bild einer Politik der maßlosen Steigerung von Abschiebungen und erzwungenen Ausreisen um jeden Preis. „Es gibt ganz klar eine härtere Linie, sowohl bei der Haft als auch bei der praktischen Umsetzung von Abschiebungen“, sagt Karl Kopp, Europareferent von Pro Asyl. Auch die EU-Kommission habe die Linie ausgegeben, dass mehr abgeschoben werden müsse „und Deutschland liefert“, sagt Kopp. „Die Devise lautet Vollzug um jeden Preis, entsprechend beobachten wir eine Brutalisierung.“

Verhaftung in der Ausländerbehörde, ohne die Möglichkeit, persönliche Dinge mitzunehmen oder seinen Rechtsanwalt zu informieren, das ist in Deutschland nicht möglich, das dachte ich.

So berichtet mir ein Flüchtling, dass er, als er seine Bescheinigung bei der Ausländerbehörde Landkreis Celle verlängern wollte, in Haft genommen wurde. Er schildert die Situation in der Ausländerbehörde Landkreis Celle wie folgt:

Ich war bei der Ausländerbehörde, weil ich meine Bescheinigung verlängern lassen musste. Es war um 9 Uhr morgens. Als ich ins Büro gegangen bin, wurde ich gebeten zu warten. Von der Mitarbeiterin wurde ein Telefonat geführt und ich konnte hören, dass die Mitarbeiterin dort fragte: Herr H. ist da, was sollen wir tun?

Danach wurde ich aufgefordert, im Flur zu warten. Dabei habe ich mitbekommen, dass ein anderer Mitarbeiter der Ausländerbehörde bei der Polizei angerufen hat. Nach kurzer Zeit wurde ich dann aufgefordert, in das Büro zu kommen. Es war ein männlicher Mitarbeiter, zu dem ich gehen musste, und ich wurde aufgefordert, dort zu warten. Nach ca. 20 Minuten kam dann die

Polizei. Ich wurde dann in die Polizeidienststelle in Celle in die Jägerstraße gebracht. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde mir in keiner Weise erzählt, worum es geht. Von der Polizei wurde mir gesagt, dass ich am folgenden Tag dem Richter vorgeführt werde. Ich bat darum, meinen Rechtsanwalt anrufen zu dürfen. Dies wurde mir verweigert. Am folgenden Tag wurde ich zum Amtsgericht Celle gefahren, und dort wurde entschieden, dass ich in die Abschiebehafte nach Langenhagen gebracht werde. Erst nachdem vier Tage vergangen waren, habe ich die Möglichkeit erhalten zu telefonieren und konnte dann telefonisch einen Bekannten darum bitten, dass er sich um einen Rechtsanwalt für mich kümmert. Beim Amtsgericht Celle wurde mir seinerzeit mitgeteilt, dass ich innerhalb der nächsten 8 Wochen nach Italien abgeschoben werde und so lange die Haft angeordnet wird.

Mein Rechtsanwalt hat dagegen Beschwerde eingelegt, woraufhin dann das Amtsgericht Celle zehn Tage später mir mitteilte, dass der Sicherungshaftbeschluss auf Antrag der Ausländerbehörde Landkreis Celle aufgehoben wurde.

Mein Rechtsanwalt erklärte mir diesen Beschluss des Amtsgerichts dahingehend, dass die Ausländerbehörde Landkreis Celle erkannt hat, dass sie rechtswidrig gehandelt hätte und die ganze Sache unzulässig gewesen sei.

Dies ist kein Einzelfall, so z.B. auch in Emden und Göttingen geschehen. Es wird Angst und Schrecken verbreitet. Die Ausländerbehörde hat das menschenverachtende Signal gesetzt, dass Schutzsuchende bei jedem Besuch der Ausländerbehörde die Angst haben müssen, in eine Falle zu laufen, in Haft genommen zu werden. Ein Rechtsanwalt aus Hannover führt seit Jahren eine Statistik, demnach sind knapp 50 Prozent seiner Mandant*innen rechtswidrig inhaftiert worden.

Die Repressalien der Behörden sind sehr vielseitig. Mir sind viele Fälle im Landkreis Celle bekannt, in denen die Behörde willkürlich die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gekürzt hat. Das bedeutet, dass dem Betroffenen nicht mehr 354 €, womit er seinen monatlichen Lebensunterhalt bestreiten muss, ausgezahlt werden, sondern lediglich nur noch 174,11 €. Davon müssen Lebensmittel, alles was täglich benötigt wird, gekauft werden, die Stromkosten und sehr oft der dringend benötigte Rechtsanwalt. Stellt euch das mal vor: 174,11 Euro monatlich. Der Regelsatz für Sozialleistungsempfänger beträgt 416 Euro, und das ist auch viel zu wenig.

Selbst Hinweise der Betroffenen als auch von Beratungsstellen, dass dieses Verfahren rechtswidrig und unzulässig ist, führen nicht zur Einsicht der Behörden, von ihrem rechtswidrigen Handeln Abstand zu nehmen. Erst durch die Einleitung von Rechtsschutzverfahren beim Sozialgericht Lüneburg wird dann durch die Behörde der offensichtlich rechtswidrige Verwaltungsakt aufgehoben.

Es ist zu vermuten, dass dieses Handeln durch institutionellen Rassismus geprägt ist und bewusst Kürzungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz durchgeführt werden mit dem Hintergedanken, dass viele der Betroffenen den Rechtsweg über das Sozialgericht Lüneburg nicht gehen, weil sie es sich nicht leisten können.

Ein anders Beispiel des Rechtsbruchs ist das Melden als untergetaucht. Dies verlängert die Überstellungsfrist von 6 Monate auf 18 Monate. Mir persönlich sind mehrere Fälle bekannt, wo ich mich verbürgen kann, dass keine Situation des Untergetauchtseins vorlag. In diesen Fällen ergibt sich dann folgendes Bild: Durch die Ausländerbehörde wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge darüber unterrichtet, dass die Ausländerbehörde davon ausgeht, dass der Betroffene untergetaucht ist, und es wird dadurch veranlasst, dass die Überstellungsfrist sich verlängert. So gibt es z. B. in diesem Bereich eine Entscheidung des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts, AZ 13 ME 442/17, dass die Verfahrensweise der Ausländerbehörde Landkreis Celle unzulässig ist, woraufhin erst dann von der Ausländerbehörde mitgeteilt wird: „Eine Überstellung im Rahmen des Dublin III-Verfahrens findet nicht mehr statt“. Natürlich ist der Betroffene in diesem Fall auch wieder darauf angewiesen, rechtsanwaltliche Unterstützung einzuholen. Dies kostet Geld und dies haben viele Flüchtlinge nicht.

Nennen wir es beim Namen. Das ist alles mindestens psychische Gewalt, es werden zwar keine sichtbaren Wunden zugefügt, aber umso größere emotionale Narben, die sich in der Seele eingraben. Ist das Folter im 21. Jahrhundert? [...]

Ein Flüchtling hat mir folgenden Bericht zur Verfügung gestellt:

„Ich bin 21 Jahre alt. Im Februar 2018 wurde ich von Deutschland nach Italien auf Grund des Dublin-Abkommens abgeschoben an einem sehr kalten Tag, was schlecht für mich war. Ich kam um 11 Uhr beim Flughafen Mailand an, dort nahm mir die Italienische Polizei meine Fingerabdrücke ab. Sie hießen mich willkommen, aber sie hatten keinen Platz für mich, wo ich bleiben konnte, und sie sagten, ich könne zurückgehen nach Sizi-

lien, dort war ich ja schon einmal. Da ich für ein Jahr und einige Monate außerhalb Italiens war, war ich total verunsichert, wie ich mein Leben neu beginnen könnte.

Ich musste leiden, als ich auf der kalten Straße von Mailand schlafen musste. Ich fühlte mich so schlecht, ich fühlte mich deprimiert, ich fühlte mich, als würde ich langsam sterben an Kälte und Verzweiflung. Mit dem bisschen Geld, was ich hatte, konnte ich nicht nach Sizilien kommen. Ich brauchte es, um Essen für ein paar Tage zu kaufen. Eines Nachts beschloss ich wegen des heftigen Schneefalls, in einen Zug zu steigen und ohne Ticket zurück nach Deutschland zu fahren. Ich wurde in Österreich von der Polizei festgenommen, weil ich ohne Dokumente unterwegs war. Sie haben mich ins Gefängnis gebracht für zwei Monate. Danach schoben sie mich wieder nach Italien ab.

Irgendwie habe ich es dann geschafft, nach Sizilien zu kommen. Ich bat um einen Platz, wo ich bleiben konnte, aber sie weigerten sich, mir einen Platz zu geben, an dem ich bleiben konnte. Ich schlief wieder fast einen Monat draußen in der Kälte, also habe ich mich schließlich für eine Rückkehr nach Deutschland entschieden, weil nur hier habe ich die Hoffnung auf Leben.

Ich kam nach Europa um mein Leben zu retten, nicht um zu sterben.“ [...]

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt. Ich frage euch, was ist davon geblieben?

Wie in vielen anderen Städten gab es auch in Celle am Totensonntags-Wochenende eine Mahnwache im Rahmen des bundesweiten Netzwerks SEEBRÜCKE. Erinnert wurde an die Menschen, die an den europäischen Außengrenzen gestorben sind. Die Initiative LIST verlas in der Altstadt u.a. Namen von ums Leben gekommenen Geflüchteten und wandte sich mit einem Appell an die Innenministerkonferenz. - Foto siehe unten



VILLAGE - VILLITSCH - VILLAHSCH



Mit dem Investorenwettbewerb „Entwicklung des ehemaligen Feuerwehrraums Celle“ sollte im Februar 2014 derjenige Investor gefunden werden, der im Team mit seinem Architekten „die höchste funktionelle sowie städtebaulich architektonische Qualität“ für den Standort an der Bergstraße anbietet. Entwicklungs- und Planungsziel des Investorenwettbewerbs: „Wesentliches Ziel der städtebaulichen Entwicklung des Feuerwehrraums ist es, an zentraler Stelle der Innenstadt einen attraktiven neuen Stadtbaustein zu schaffen, der das Angebot der Innenstadt um bislang fehlende oder nicht ausreichend vorhandene Angebote ergänzt. Es soll ein gemischt genutztes, mehrgeschossiges Wohn- und Geschäftshausensemble hochwertiger Architektur geschaffen werden, das sich selbstbewusst und harmonisch in

seine sensible stadträumliche Umgebung einfügt. ... Mit der Entwicklung des ehemaligen Feuerwehrraums soll der stadträumlich wichtige östliche Eingang in die Celler Altstadt neu gefasst und städtebaulich sowie architektonisch hochwertig und anspruchsvoll gestaltet werden. Durch ihre Struktur und Kubatur soll sich die Neubebauung sorgsam in die sensible umgebende Bebauung einpassen, aber auch selbstbewusst zwischen der kleinteiligen, geschlossenen mittelalterlich geprägten und denkmalgeschützten Altstadtbebauung und der heterogeneren Bebauung am inneren und äußeren Stadtring vermitteln und die Stadtbereiche vielfältig verknüpfen. ... Das Erscheinungsbild der Denkmale in der Umgebung darf nicht beeinträchtigt werden. Neue Baukörper und Fassaden sind daher so zu gestalten, dass sie in ihrer Maßstäblichkeit, Gliederung und Detaillierung Rücksicht auf die Baudenkmale der Umgebung nehmen. Die Wirkung von neuen Gebäuden auf das Ensemble „Altstadt Celle“ ist besonders zu berücksichtigen.“



Bis zum Einsendeschluss (Juni 2014) hatten lediglich drei! Teilnehmer ihre Wettbewerbsunterlagen eingereicht. Aus heutiger Sicht fragt man sich, ob das siebenköpfige Preisgericht bei der Beurteilung der eingereichten Pläne die selbstgesetzten Planziele noch im Auge hatte.

Aus welchen Gründen auch immer, erhielt der Investor WESER-WOHNBAU GmbH (Bremen) den ersten Preis, durfte das Baugelände erwerben und mit der Umsetzung seiner Pläne loslegen. Gerade noch rechtzeitig vor dem Inkrafttreten der neuen „Gestaltungssatzung Altstadt“ (06.11.2018) ist das Projekt „VILLAGE“ aus dem Boden gestampft worden. In den Vorbemerkungen der „Gestaltungssatzung Altstadt“ wird betont: „Durch die Unterschutzstellung der Altstadt von Celle als geschütztes Stadtensemble besteht die Verpflichtung, dem Schutz und der Pflege des Bestandes hohe Priorität ein-

zuräumen. Damit ist die Bewahrung und bauliche Pflege des Stadtbildes der Altstadt von Celle ein städtebauliches, denkmalpflegerisches, kulturelles und gesellschaftliches Anliegen von besonderem Rang und steht im öffentlichen Interesse. Das in Jahrhunderten gewachsene Stadtensemble in seiner heutigen Erscheinungsform verlangt bei seiner baulichen Fortentwicklung Rücksicht auf die gewachsenen Stadtstrukturen, auf den historischen Baubestand einschließlich seiner Maßstäblichkeit, auf ortsbezogene Gestaltungsmerkmale und überlieferte Gestaltungsprinzipien, die das eigenständige Wesen und die Atmosphäre dieser Stadt geprägt haben und auch künftig prägen sollen. Neubaumaßnahmen müssen besonders sensibel und qualitativ entwickelt und dem hohen gestalterischen Niveau des Altstadtensembles gerecht werden. Die Aufstellung einer Gestaltungssatzung in Gebieten mit historischer Bebauung dient zur Verstärkung des Schutzes von wertvollen Stadtvierteln.“

Der VILLAGE-Investor musste sich über die Einhaltung dieser Anforderungen keine Gedanken machen, denn dafür gibt es ja den §7 der „Gestaltungssatzung Altstadt“:

„Abweichungen von den Festsetzungen dieser Satzung können im begründeten Einzelfall ausnahmsweise gewährt werden.“ In dieser Hinsicht ist das gesamte VILLAGE eine ausnahmsweise gewährte Abweichung.

Beim Richtfest im März 2018 lobte Investor Matthias Zimmermann (WESER-WOHNBAU) die Zusammenarbeit mit der Stadt Celle als „allzeit äußerst zielgerichtet und konstruktiv“.

Das VILLAGE passt sich nicht, wie gefordert, sensibel in den stadträumlich wichtigen östlichen Eingang der Altstadt ein. Das gesamte historisch gewachsene Umfeld wird von diesem burgähnlichen Solitär erschlagen.

Dieser Neubau hätte besser zu der mittelalterlichen Stadt Carcassonne in Frankreich gepasst. Wie uneinnehmbare Burgmauern stoßen die aufgetürmten sandsteinartigen Ziegelwände jeden Besuch von sich ab.

Dunkle Fensterhöhlen, die in Form und Größe variieren und zudem asymmetrisch angeordnet sind, erinnern an zusammenbrechende Burgruinen.

Von unten betrachtet verstärken die fehlenden Dachüberstände den unfertigen, bzw. verfallenen Eindruck der



Gebäude. Beim Blick auf das Dach muss man sich fragen, wie die grauen Flachziegel der VILLAGE-Dächer mit den Vorschriften der Gestaltungssatzung in Einklang zu bringen sind. §2 Dächer: „Dächer sind mit roten, nichtglänzenden Hohlziegeln... einzudecken.“

Auch die verspiegelten und zum Teil großflächig beklebten Fenster (z.B. PENNY) verstoßen gegen den §4 Fenster: „Fenster sind nur mit neutralem Glas zulässig. Verspiegelte, getönte, gefärbte oder großflächig beklebte Fensterflächen sind unzulässig.“

Die Anforderungen aus dem Investorenwettbewerb, „nahversorgungsorientierten und ergänzenden zentrenrelevanten Einzelhandel anzusiedeln“, sind mit dem Discounter PENNY und der gefühlt zweihundertsten Drogeriemarktfiliale nicht erfüllt.

Das Preisgericht hätte schon 2014 statt des ersten Preises für diesen Entwurf ein anderes Urteil fällen müssen:

Thema verfehlt! Setzen, sechs!





----- 26.10.2018 -----

Kino, das verbindet

Einen zweiten Preis in der Kategorie „Kino, das verbindet“ erhielt bei der diesjährigen Verleihung der Kinopreise des Kinematheksverbundes das Celler Kino achteinhalb. Auszeichnungen in vier Kategorien gab es für die Arbeit von Kommunalen Kinos, die für außergewöhnliche Filmprogramme stehen. Ihr Engagement für die Weiterentwicklung des Kinos als Ort der Vielfalt, als kultureller Treffpunkt und Kulturgut wurde mit vier Hauptpreisen und 16 weitere mit zweiten Preisen ausgezeichnet. Den mit 1.000 Euro dotierten Preis bekam das Kino achteinhalb mit folgender Begründung: *„In einer Mittelstadt ohne Hochschule wird auf ehrenamtlicher Basis ein ungeförderter Spielbetrieb mit ansehnlichem programmatischen Anspruch realisiert. Durch Kooperationen mit unterschiedlichsten gesellschaftlichen Akteuren sowie einer Filmpause wird der Fokus zudem auf Kino als kommunikativen Raum gelegt.“* - Glückwunsch unsererseits.

----- 30.10.2018 -----

Ein trOTTEL zu Merkel

Unser Otte ließ kurz nach Merkels Verzicht auf eine erneute Kandidatur für den CDU-Vorsitz ein Statement verbreiten, das nur als übles Foul gewertet werden kann – hier im Wortlaut:

„Wir müssen die Sorgen der deutschen Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und aktiv vertreten. Dazu gilt es, [...] 3. unser Handeln mehr an den Interessen der deutschen Staatsbürger zu orientieren. Es muss wieder deutlich werden, dass wir als CDU für die deutschen Bürgerinnen und Bürger Regierungsverantwortung tragen. Daher gilt es jetzt, eine Umstellung der CDU so zu gestalten, dass

wir die uns übertragenen Aufgaben im Sinne Deutschlands erfüllen. Wir haben eine Garantenpflicht gegenüber den deutschen Staatsbürgern.“

Es ist eigentlich vor allem die AfD, die unterstellt, dass Merkel würde die Interessen der deutschen Bürger*innen nicht vertreten. Was Otte da von sich gibt, ist nicht nur irgendein Schnack – er will eine offene nationalistische CDU, für die die AfD gewissermaßen der „natürliche“ Koalitionspartner wäre.

----- 09.11.2018 -----

Website zu Pogromnacht

Zum 80. Jahrestages der Pogromnacht wurde die Website www.pogrome1938-niedersachsen.de freigeschaltet. Erarbeitet hat sie die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in Zusammenarbeit mit Studierenden am Historischen Seminar der Leibniz Universität Hannover und zahlreichen Gedenkstätten, Initiativen und Einzelpersonen. Auf der Website sind Informationen zu den Geschehnissen in zahlreichen Orten – auch Celle – in übersichtlicher und nach verschiedenen Themen gegliederter Weise abrufbar. Der Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Dr. Jens-Christian Wagner, begründete die lokale Perspektive so: *„Zwar wurden die Pogrome reichsweit zentral gesteuert. Doch das Ausmaß der Brutalität vor Ort war das Ergebnis des Handelns und Entscheidens lokaler Akteure.“* Interessierten bietet die Website einen Einstieg in das Thema. Literaturhinweise und Links zeigen, wo es weiterführende Informationen gibt. Insbesondere für Schülerinnen und Schüler bietet die Website umfangreiche Möglichkeiten für das „entdeckende Lernen“.

----- 16.11.2018 -----

Grünkohlkönig

Zu ihrem diesjährigen Grünkohlkönig wählten die Teilnehmer*innen des traditionellen Grünkohlessens von CDU-Ortsverband Westercelle und des CDU-Stadtverband Celle den ehemaligen Oberbürgermeister Martin Biermann. Drei Wochen zuvor hatte die CDU-Ratsfraktion beantragt, Biermann zum Ehrenbürger zu machen. Einen Monat später zog man den Antrag heimlich, still und leise zurück. Eine Mehrheit hätte es wohl nur mit den Stimmen der AfD gegeben.

----- 20.11.2018 -----

Whistleblowing

Zu einer Geldstrafe in Höhe von 30 Tagessätzen verurteilte das Amtsgericht Celle den Whistleblower Hermann Theisen. Theisen hatte mit der Verteilung von Flugblätter am Rheinmetall-Standort in Unterlüß Beschäftigte dazu aufgefordert, die Öffentlichkeit über illegale Praktiken des Konzerns zu informieren. Er habe sich strafbar gemacht, so das Gericht, weil er zum Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen aufgefordert habe. Obwohl Theisen noch einmal deutlich machte, dass es ihm erstens um eine Aktion im Rahmen der grundgesetzlich geschützten Meinungsfreiheit gegangen sei und zweitens seine Aufforderung sich explizit auf illegale, also strafbewehrte Vorgänge bezogen haben, folgte die Richterin der Argumentation der Staatsanwaltschaft.

Für das „Bündnis Rheinmetall entwaffnen“ kommentierte dessen Sprecher Mathias Gerhardt das Urteil wie folgt: *„Wenn es nach dem Celler Amtsgericht geht, macht sich in Deutschland strafbar, wer auf strafbare Exportgeschäfte aufmerksam macht. Und es machen sich sogar Personen strafbar, die nur dazu auffordern strafbare Vorgänge in z.B. der Rüstungsindustrie öffentlich zu machen. Das ist ein Freibrief für Rheinmetall und die deutsche Rüstungsindustrie, der gegen jedes Rechtsempfinden verstößt.“*

----- 29.11.2018 -----

Silbersee

Mehrheitlich und in vertraulicher Sitzung beschloss der Rat den Verkauf des Campingparks Silbersee an Sabine Födisch-Rüstig und Thomas Schilling zum Preis von 800.000 Euro. Ein Schnäppchen: Immerhin umfasst der Campingplatz inkl. Badesees eine Fläche von über 130.000 m². Aber: Der Betrieb eines Campingplatzes gehört nicht zu den Kernaufgaben der Stadt Celle und diene auch nicht der Daseinsvorsorge, meint Oberbürgermeister Nigge (im Unterschied zum Tagungszentrum Union selbstverständlich). Über ein „Problem“ sahen CDU und – wie zu hören war – auch der größte Teil der SPD hinweg: Sabine Födisch-Rüstig war bis vor gut einem Jahr 2017 Schriftführerin im nieder-

sächsischen Landesvorstand der Partei Die Republikaner. Bei der Bundestagswahl 2013 kandidierte sie auf Platz 3 der Landesliste. Inzwischen ist sie ausgetreten. Nun sind die REPs seit Jahren eine fast wirkungslose Kleinstpartei, was insoweit nicht verwundert, als ihr Programm auf das Gedankengut von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren zugespielt ist. Radikal sind die Forderungen zum Asylrecht: Streichung des Grundrechts auf Asyl, stattdessen Regelung durch Gesetz; keine Erweiterung des Asylrechts auf nichtstaatliche Verfolgung und sogenannte Armutsflüchtlinge; Unterbringung in Sammelunterkünften und ausschließlich Gewährung von Sachleistungen. Da hat sich der Weltgeist immerhin einen schönen Streich erlaubt: Denn Födisch-Rüstig invertiert nun ausgerechnet in Celles Stadtteil mit dem inzwischen höchsten Ausländer*innen-Anteil. - Spannend wäre übrigens, wie der Ratsvorsitzende Joachim Falkenhagen (FDP) letztlich abgestimmt hat. Nach den ersten Infos schrieb er an seine Ratskolleg*innen: *„Ich habe die große Sorge, dass mit dem Verkauf an die Bewerberin Sabine Födisch-Rüstig Tür und Tor geöffnet werden für einen zentralen Treffpunkt der rechten Szene.“* Da zehn neue Ferienhäuser auf dem Campingplatz geplant seien, wären bei ihm die Warnlampen angegangen: *„Ich halte es für nicht ausgeschlossen, dass sich die Anlage am Silbersee zu einem Bildungszentrum für rechtes Gedankengut entwickelt.“* Nach dem Ratsbeschluss äußerte sich Födisch-Rüstig gegenüber der CZ so: *„Wir haben nicht vor, den Campingplatz zu einer politischen Bühne zu machen – ganz im Gegenteil, wir möchten ihn von dem Thema ganz frei halten.“*

----- 10.12.2018 -----

Menschenrechte

Nach dem Flashmob-Aufruf von attac-Celle trafen sich einige Menschen vor der Stadtbibliothek, um mit einem großen Banner und Flyern auf ihre Forderung nach einem UN-Vertrag zur Umsetzung von Menschenrechten innerhalb von Konzern-Lieferketten aufmerksam zu machen. Konkreter Anlass der Aktion war der 70. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Beim anschließenden Rundgang über



den Weihnachtsmarkt wurden an verschiedenen Orten Sterne aufgehängt., auf deren Rückseite sich je einer der 30 Artikel der Menschenrechtserklärung befand.

----- 22.12.2018 -----

Eschede

Anlässlich einer "Wintersonnenwendfeier" auf dem Hof Nahtz in Eschede hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund Nord-Ost-Niedersachsen unter dem Motto „Nach den Rechten schauen“ zu einer Kundgebung aufgerufen. Gut 50 Veranstaltungsteilnehmer*innen trafen sich an der Kreuzung Hermannsburger Straße / Im Dornbusch, um ihrem Protest gegen die regelmäßig in Eschede stattfindenden Nazitreffen Ausdruck zu verleihen. Zu der Wintersonnenwendfeier auf dem Hof Nahtz fanden sich etwa 50 Personen des rechten Spektrums ein.

----- 03.01.2019 -----

Sicherer Hafen

Direkt im Rathaus gaben Mitglieder der Initiative „Land in Sicht – Transition“ (LIST) ihren Brief an den Oberbürgermeister und die Ratsfraktionen ab. Darin regen sie an, dass die Stadt sich der „Seebrücken“-Kampagne „Sichere Häfen“ anschließt. Hintergrund war die Situation im Mittelmeer: Den NGO-Schiffen „Sea-Watch 3“ und „Professor Albrecht Penck“ war über mehr als zwei Wochen verweigert worden, in Häfen von Italien oder Malta anzulegen, obwohl sie 49 geretteten Menschen an Bord hatte. Die Initiative regte an, dass sich die Stadt Celle mit einem Ratsbeschluss der Kampagne „Sichere Häfen“ anschließt und die Stadt zum „Sicheren Hafen“ deklariert. Damit ist verbunden, dass der Oberbürgermeister der Bundesregierung anbietet, zusätzliche Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot gerettet sind, aufzunehmen. Weiter soll der

Rat an die Bundesregierung appellieren, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfepolitik und eben dafür, dass Menschen in Seenot auf dem Mittelmeer gerettet werden.

----- 15.01.2019 -----

Solidarität

Um auf den Hungerstreik von Leyla Güven und über 200 anderen politischen Gefangenen in der Türkei aufmerksam zu machen, haben Aktivist*innen des Internationalistischen Jugendkomitees in der Innenstadt eine Solidaritätsaktion durchgeführt. Es wurden ein Transparent und Schilder gezeigt, mit denen auf die Unterdrückung von jeder Opposition in der Türkei und die politische Rückendeckung durch die Bundesregierung hingewiesen wurde. Seit dem 7. November 2018 ist die im Gefängnis von Amed (Diyarbakir) inhaftierte HDP-Abgeordnete Leyla Güven in einem unbefristeten Hungerstreik. Die Hungerstreikenden fordern die sofortige Beendigung des völkerrechtswidrigen Kriegs der Türkei, sowie eine Aufhebung der seit 20 Jahren andauernden Isolationshaft von Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali/Türkei und die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen.



#inlovewithcelle – aber warum nur?



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Klein Jonas: Was denkst du?

Der lange Lulatsch: Ich entwickle gerade eine Zwei-Welten-Theorie für die Provinz. Weil: Ich habe festgestellt, dass alles – wirklich alles -, was ich an Celler hasse, von dem CellerCreativ-Team geliebt wird. Ich überlege gerade, ob sie ebenfalls alles hassen, was ich gut finde.

Klein Jonas: Was mögen sie denn?

Der lange Lulatsch: Den Weihnachtsmarkt und seine Events, Internetabstimmungen darüber, wer die schönste Weihnachtsstadt ist. Die Urban-Challenge-Germany ...

Klein Jonas: Bist du nicht selbst gern mal über Autos gegangen?

Der lange Lulatsch: Aber doch nicht als Challenge. Aber weiter: Heider-Feste, Hengstparaden ... Ereignisse oder Dinge „schön“ zu finden, besser noch: „toll“.

Oma Lilo: Oder „farbenfroh“.

Der lange Lulatsch [runzelt die Stirn]

Oma Lilo: Ja, sie finden den Anstrich der Haesler-Bauten im Italienischen Garten „farbenfroh“.

Der lange Lulatsch [verzweifelt]: Farbenfroh?

Der Besserwisser: Ihr seid halt diese arroganten links-versifft abgehobenen Kritikaster. Ihr habt doch jegliche Beziehung zu den normalen, hart arbeitenden Menschen ...

Oma Lilo: ... Leistungsträgern ...

Der Besserwisser: ... verloren. Ihr werdet es nie verstehen: #celleinlove ist eben nicht nur ein Hashtag, es ist ein Lebensgefühl.

Der lange Lulatsch: ... und eine Gehirnwäsche.

Die Dicke: Unser Oberbürgermeister schwimmt ja voll auf dieser Welle. Sein Lieblingsadjektiv für „unsere Stadt“ ist - „wunderschön“. Veranstaltungen in „unserer wunderschönen Stadt“ sind grundsätzlich „toll“, vor allem wenn sie „von Cellern für Celler“ gemacht sind.

Der lange Lulatsch: Mit Ausnahme von jenen, die Akkuschauber nutzen, wenn mal kein Schlüssel zur Hand ist.

Die Dicke: Genau. Dann heißt es auf der Facebook-Seite der Stadt: *„Wir sind fassungslos! Mit zahlreichen Straftaten feierten gestern Nacht diverse Chaoten im und vor dem ehemaligen Rios Weihnachten. Unsere vorläufige Bilanz: Einbruch, Vandalismus und Hausfriedensbruch sowie Berge von Scherben und Müll innerhalb und außerhalb des leerstehenden Hauses. Wir sind erschrocken über das fehlende Unrechtsbewusstsein der Täter, aber auch derjenigen, die durch Mitwirken derartiges kriminelles Verhalten tolerieren.“*

Der Besserwisser: Ihr wisst ja, dass der OB da selbst Hand angelegt hat. Im Ernst: Er sitzt am zweiten Weihnachtstag unterm Tannenbaum – jedenfalls stelle ich mir das so vor – und tobt sich auf dem Facebook-Account der Stadt aus, weil's eine Feier in einem Abbruch-Haus gab.

Oma Lilo: Unglaublich, oder? Für jede normale CDU-Wählerin ist das ein Anlass zum Fremdschämen.

Der Besserwisser: Und es ist ja nicht nur die Form, beschämenderweise hat sich ja der Inhalt der Form angepasst. Es gab keine **zahlreichen** Straftaten. Einbruch und Vandalismus gibt's nicht im deutschen Strafgesetzbuch. Vandalismus heißt als Straftat: Sachbeschädigung. Und der Einbruch heißt, wenn was geklaut wird, Diebstahl, und wenn nicht, kann's ein Hausfriedensbruch sein – das aber wiederum auch nur, wenn der Hausrechteinhaber Anzeige erstattet.

Der lange Lulatsch: Die Party-san*innen haben dagegen ja absolut souverän agiert, also mit sozialen Eigensinn: Wer will einem und einer ernsthaft verbietet, in einem Abbruchhaus – das nebenbei der Stadt gehört, also allen Bürger*innen – eine Party zu feiern.

Klein Jonas: Ich habe gehört, dass der Oberbürgermeister selbst jetzt dem Jugendparlament vorgeschlagen hat, kurz vorm Abriss noch eine Party im Rios zu machen. Also: Hat sie gefragt, ob sie sich das vorstellen können – als ihr Projekt.

Die Dicke: Wie peinlich. Wir sind gestraft mit diesem OB.

Der Besserwisser: „Wir“?

Die Dicke: Irgendwie schon. Zukunft besteht für ihn darin, Baugebiete auszuweisen.

Der lange Lulatsch: Bevorzugt für Leistungs- oder Uniformträger.

Die Dicke: Er hat ja drei kleine Kinder, aber der Klimawandel ist irgendwie nicht sein's.

Oma Lilo: Der Mann versteht nichts von Politik. Zum zweiten Mal schon hat er sich darauf verlassen, dass er irgendwie eine Mehrheit für seinen Haushalt bekommt. Und die SPD tut ihm mal wieder den Gefallen, ohne dafür substantiell irgendwas zu bekommen.

Die Dicke: Naja – Neuenhäuser wird Sanierungsgebiet.

Oma Lilo: Und ihre vier, fünf weiteren Haushaltsanträge – z.B. nach Förderung von Kunst und Bühne – sind einfach in der Versenkung verschwunden ...

Der lange Lulatsch: Sie machen es dem Mann leicht. Und die CZ weicht ja auch nicht von seiner Seite. Dabei lässt es sich eigentlich wirklich nicht mehr übersehen, dass Nigge ein ahnungsloser Phrasenproduzent war, ist und wohl auch bleibt.

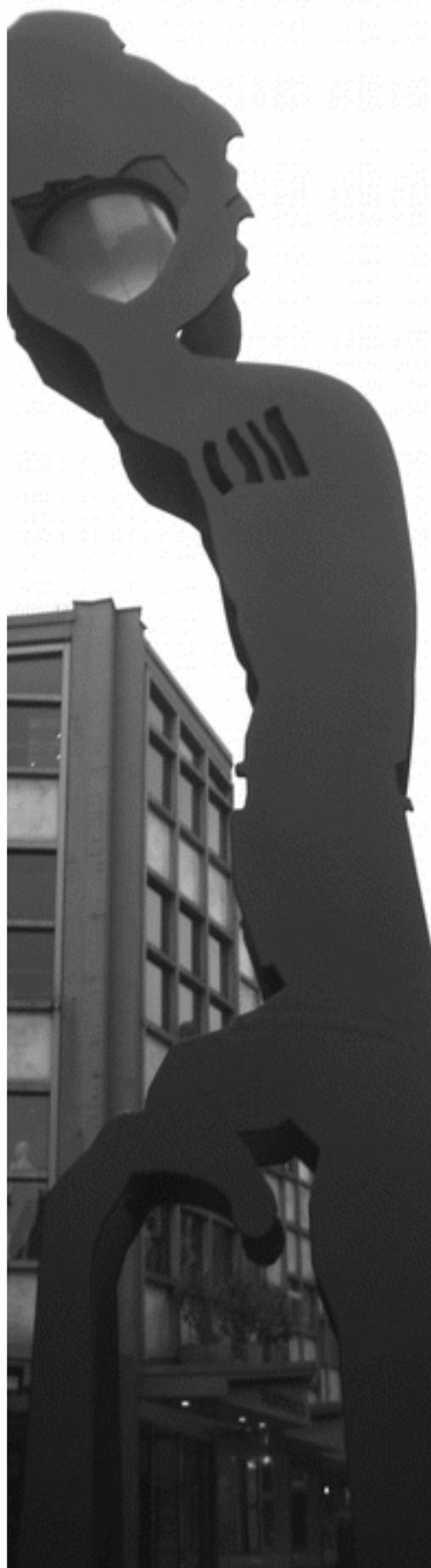
Oma Lilo: Und es gibt keine Chance ihn irgendwohin abzugeben, so praktisch „kaum genutzt“, als „gut erhaltene B-Ware“ ...

Der Besserwisser: Vielleicht nimmt ihn ja die Autoindustrie, wenn's hier gar nicht mehr geht. Eine seiner ersten Amtshandlungen soll ja im Verzicht bestanden haben ...

Oma Lilo: ???

Der Besserwisser: Im Verzicht auf Mendes Hybrid-Dienstkarosse. Aber nein, er ist nicht auf ein Fahrrad umgestiegen, sondern auf einen Benziner. Auch ein Zeichen, oder?

Die Dicke: Wie soll das jemals etwas werden mit unserem wunderschönen Celle, wenn ihr nicht endlich aufhört mit dem ewigen Genörgel und euch einlasst auf #inlovewithcelle – CelleCreativ, der Trägerverein dieses goldigen Hashtags, hat dann ja auch gleich ein Büro in dem städtischen Gebäude „Reitbahn 21“ bekommen. Für lau, wie ich mal annehme.





Die Glasschule – „äußerste Grenze der erreichbaren Lichtfülle“

Otto Haesler als Bauhaus-Architekt (1)

100 Jahre Bauhaus – da möchte auch Celle touristisch mitspielen, hat doch der Architekt Otto Haesler hier einige „Duftmarken“ dieser Schule der Moderne gesetzt. Wir haben vor, ihn in den fünf Heften diesen Jahres selbst über seine Projekte sprechen zu lassen und den Text mit Fotos nicht nur zu illustrieren, sondern auch ein bisschen zum Leben zu erwecken. Wir starten mit Haeslers Beschreibung des 1929 entstandenen Gebäudes für die Volksschule – heute Altstädter Schule. Die Textauszüge sind aus: Otto Haesler: Mein Lebenswerk als Architekt. Hrsg. von der deutschen Bauakademie, Berlin 1957.

Der Auftrag für die Volksschule in Celle war das Ergebnis eines Wettbewerbes. Zweiundzwanzig Klassen waren vorgesehen, aber kein Gemeinschaftsraum und keine Turnhalle, weil angeblich dafür keine Mittel aufzubringen waren. Das alles war sehr bitter. Aber Wettbewerb ist eben Wettbewerb und nach dem gegebenen Programm mußte wohl oder übel geplant werden. Raum für schulisch fortschrittliche Gedanken war in ihm nicht vorhanden. Also erst einmal an die Aufgabe und an den Auftrag herankommen. Dem Programm entsprechend arbeitete ich zwei solcher unsozialen Entwürfe aus, dann aber fand ich doch noch zwei Tage Zeit, um eine abweichende Anregung mit abzuliefern. Und so kam ich mit dem ersten Preis an den Auftrag heran, und mit dem Ankauf meiner Anregung hatte ich nun die Möglichkeit, mich für diesen Entwurf so einzusetzen, daß er der Ausführung zugrunde gelegt wurde.

Ich konnte nachweisen, daß durch die Gruppierung der für Knaben und Mädchen erforderlichen Flügelbauten und der von, beiden zugänglichen Zeichenklasse A Norden und durch den Verbindungsflur im Süden so gut wie kostenlos ein Lichthof ähnlicher Raum umschlossen wurde, der lediglich mit einer Decke mit Oberlicht abgeschlossen und ausgebaut für 18000 RM die Schaffung einer kombinierten Turnhalle und Aula ermöglichte, während sonst für eine Turnhalle 60000 RM in Ansatz zu

bringen sind. Für eine solche Lösung war bei den Vertretern der Stadt die erforderliche Mehrheit vorhanden, und ich war glücklich, für die Kinder dieser Schule das gerettet zu haben, was für mich als Junge immer das schönste vom ganzen Schulgebäude war.

Anders verhielt es sich mit der Lehrküche. Hier wußte ich, daß eine Mehrheit nicht zusammenzubringen war. Es mußte also ein anderer Weg gewählt werden. War sie nämlich einmal abgelehnt, dann war die Ablehnung endgültig. Ich mußte eben an allen anderen auszuführenden Arbeiten so viel an Ersparnissen zusammenbekommen, daß dadurch die bewilligte Gesamtsumme eingehalten werden konnte. Mit der ersten Besichtigung der Schule durch die Stadtvertretung habe ich dann auch meine Entlastung für diese „Eigenmächtigkeit“ erhalten.

Nun zu einigen Einzelheiten. Konnten hier auch nicht die baulichen Voraussetzungen für neue pädagogische Erkenntnisse verwirklicht werden - ebenerdige Pavillon-schule, Klassenräume mit Freiunterricht u. a. m. -, so gelang es doch, manche Verbesserungen zu finden. Viele bauliche Einzelheiten mußten noch konsequenter durchdacht werden als bisher. Jeder, der eine Schulbank gedrückt hat, weiß, wie ungünstig es ist, gerade hinter einem Fensterpfeiler zu sitzen oder, wenn man nicht abgehärtet ist, vor dem Fenster, das für die Lüftung bestimmt

ist. Hier, wie zu nahe am Ofen oder an der Heizung, erkälten sich die Kinder. Die Nachteile der Fensterpfeiler zu beseitigen, war schon häufiger versucht worden. Aber die Versuche kamen zu schnell zum Stillstand, denn je breiter die Fensteröffnung wurde, je weniger Pfeiler vorgesehen wurden, desto höher wurden die über dem Fenster liegenden Fensterstürze, welche die darüberliegende Decke zu tragen haben, die Fenster wurden zu niedrig für den Lichteinfall oder für die Raumhöhe der Klasse. Eine sehr einfache Lösung führte mich aus diesem Zwi-spalt. Ich wählte die Fensterbrüstung der darüberliegenden Klasse für die Ausbildung eines Überzuges, der so stark ausgebildet wurde, daß die Decke über dem Klassenraum daran angehängt werden konnte und dadurch kein Pfeiler mehr nötig war. Diese neue Fensteröffnung einer jeden Klasse reicht von der normalen Fensterbrüstung bis dicht unter die Decke und über die ganze Längswand der Klasse. Sie wurde als zwölf- bis dreizehnteiliges Doppelfenster ausgebildet, die oberen Flügel als Lüftungsflügel, und nun konnte ein Kind mit einer Kurbel gleichzeitig die 24 bis 26 oberen Lüftungsflügel je nach der Jahreszeit soweit öffnen oder schließen, daß alle Zugscheinungen oder Wärmeverluste ausgeschlossen waren. Auch die Heizung wurde auf die ganze Länge der Fensterbrüstung verteilt, um die von den Fenstern abfallende kalte Luft zu erwärmen und eine gleichmäßige Verteilung der Heizwirkung zu erzielen. Auf diese Weise erzielte ich licht- und sonnendurchflutete Klassenräume gegen die die Klasse durch Sonnenschutzvorhänge geschützt werden konnte, wenn dies erforderlich war. Auch die Blumen zwischen den Doppelfenstern trugen dazu bei, die vielen Stunden, die der junge Mensch in diesen Räumen verbringen muß, schulbesuchswert zu machen.

Dieses Prinzip der Helligkeit und Sauberkeit dehnte sich natürlich auch auf die Flure aus. Hier wie für alle Räume, die für den Aufenthalt von Menschen bestimmt

sind, sollte man bis an die äußerste Grenze der erreichbaren Lichtfülle gehen und versuchen, die Natur der Umgebung so weit wie möglich in die Raumwirkung mit einzubeziehen.

Ecken der Flure und Eingänge mit Holz und Eisenwinkel zu schützen, habe ich vermieden, indem ich diese Ecken stark, an den Eingängen bis zu 1 m Radius, abrundete. Bedauert habe ich nur, daß ich bei den von mir besuchten Schulen so schlank wie hier nicht, um die Ecken flitzen konnte. Besondere Sorgfalt legte ich auf die Ausbildung der Lehrküche.

In ihr teilt sich der Unterricht in einen theoretischen und praktischen Teil. Zwanzig Schülerinnen wurden in fünf Kochgemeinschaften zu je vier Schülerinnen aufgeteilt, also mußte ich fünf in sich abgeschlossene und arbeitsfähige Küchenstellen schaffen und dabei die zweckmäßigsten Arbeitsgänge berücksichtigen. Außerdem mußten die Arbeitstische so gestellt werden, daß die vier Schülerinnen einer Küchenstelle nebeneinandersitzend dem Unterricht der Lehrerin und ihren Aufzeichnungen auf der Tafel folgen konnten. Die Tische waren deshalb so eingeteilt, daß sie den davor hantierenden Schülerinnen zum Arbeiten dienten, nach der anderen Kochstelle aber soviel Fächer freiließen, daß die hier Arbeitenden ihre Bücher und Hefte ablegen konnten. An der Außenwand waren die Ausgüsse für Schmutzwasser angeordnet. Innerhalb der Kochstellen ergab sich die Anordnung: zuerst der Kochherd - ein Gasherd und einer für elektrisches Kochen - anschließend der Arbeitstisch mit Gemüseabfallrinne, dann die Spüle mit Tellerabtropfbörd, Warmwasserbereiter und abschließend der Geschirr- und Topfschrank. Für gemeinsame Benutzung und zu erlernende Handhabung elektrischer Küchenhilfsgeräte war eine besondere Abteilung für diese Geräte angeordnet. War der theoretische Unterricht beendet, mußten die einzelnen Kochstellen den Stand ihrer Zähler angeben, ehe



das praktische Kochen begann, und nach Beendigung nochmals, damit festgestellt werden konnte, wer am sparsamsten zu kochen verstand. Ein Blick in diese Kochküche macht das Geschilderte verständlich.

Aus der Not eine Tugend zu machen, bleibt uns im menschlichen Leben nicht erspart. So auch mit der kombinierten Aula und Turnhalle. Die Turngeräte, die fest eingebaut werden mußten, waren so aufgestellt, daß sie die Besucher im Raum und beim Blick nach der Bühne und dem Podium davor oder bei Kinovorführungen nicht störten. Unter der Bühne und dem für bestimmte Aufführungen vorgelagerten Podium konnten die Bänke nach den Veranstaltungen leicht und bequem untergebracht werden. Die Belichtung des Raumes war durch ein Luxferprismenoberlicht sehr vorteilhaft die Akustik des Raumes so ausgezeichnet, daß der Leiter der Schule den vielen Anträgen für musikalische Aufführungen beim besten Willen nicht immer nachkommen konnte. Große Sorgfalt wurde auch auf die Toiletten mit davor angeordneten Waschräumen und einigen Bädern gelegt. Die Abzellen blieben ohne Türen und waren nur durch Schamwände vor gegenseitiger Einsicht geschützt. Die-

ser Versuch war kein riskantes Experiment, denn die Türen konnten auch noch nachträglich eingesetzt werden. Aber nach einem Jahr konnte festgestellt werden, daß die Aborte in dieser Schule die einzigen waren, die sauber und unbeschmutzt blieben und auch sonst den pädagogischen Erfordernissen entsprachen - Wenn ich hier auf viele Einzelheiten näher eingegangen bin und nur erklärt habe, wie und weshalb ich zu dieser Anordnung gekommen bin, so besonders um aufzuzeigen, daß dadurch die äußere und innere Gestaltung der Schule im wesentlichen gegeben war. Schulen und alle anderen Gebäude, von denen mehr Aufnahmefähigkeit für Luft Licht und Sonne verlangt wird, müssen schon aus diesem Grunde anders aussehen. Das bei der Celler Schule Erreichte genügte, um weite Kreise der Fach und Laienwelt zur Besichtigung zu veranlassen. Im Mai 1930 wurde sie eröffnet. Bis Dezember desselben Jahres sind 9000 Besucher aus aller Herren Länder gezählt worden. Erfreulicherweise wurde meinem Vorschlag auf Erhebung eines Eintrittsgeldes für diese Besichtigungen zugestimmt, denn dadurch konnten, nach Abzug der Reinigungskosten; Tausende von Milchfrühstücken verteilt werden.



Vor dem Hintergrund des 100. Bauhaus-Jubiläums erzählt der Dokumentarfilm BAUHAUS 100 nicht nur Kunst-, sondern Zeitgeschichte. Von Beginn an fragten die Architekten und Künstler des Bauhaus, darunter Walter Gropius, Wassily Kandinsky oder Paul Klee: Wie zusammenleben? Was bedeutet „zusammenleben“? Wie lassen sich Räume so ge-

stalten, dass alle Menschen am gemeinsamen Leben teilhaben? Mit dem Bauhaus wurden Kunst, Gestaltung und Architektur politisch. Es entstand eine Raumkunst, die sich ebenso wenig zu schade war, über den Abstand zwischen Badewanne und Toilette nachzudenken wie über den idealen Stuhl. Der Dokumentarfilm BAUHAUS 100 geht zurück zu den Anfängen der ersten Bauhaus-Gruppe um Walter Gropius, deren Ausbildungskonzept zwischen Feiern und Forschen revolutionär war. Vom Bauhaus als gesellschaftlicher Utopie ausgehend fragen die Regisseure Niels Bolbrinker und Thomas Tielsch nach ihrer Evolution, ihrem Wandel und ihrer Inspirationskraft im Lauf der letzten hundert Jahre. Wie können die Ideen des Bauhaus den Herausforderungen des globalen Kapitalismus und seiner Umwälzung der Wohnungsmärkte begegnen? BAUHAUS 100 führt uns vom legendären Bauhausgebäude in Dessau zu visionären Wohnprojekten in lateinamerikanischen Favelas, von den Kursen der Bauhaus-Meister Kandinsky, Klee und Schlemmer zu skandinavischen Schulen ohne Klassenräume, von der Berliner Gropius-Stadt zur Vision einer autofreien Metropolis. BAUHAUS 100 öffnet Augen – der Film von Niels Bolbrinker und Thomas Tielsch ist viel mehr als eine Geschichte des Bauens. Ihm gelingt eine Kulturgeschichte des modernen Raumdenkens, die so fesselnd wie erhellend ist. BAUHAUS 100 macht uns zu staunenden und begeisterten Flaneuren zwischen den Räumen der Moderne, als die wir jegliches Gestalten fortan mit völlig anderen Augen sehen werden.

Regisseur Niels Bolbrinker stellt seinen Film persönlich vor im kino 8 ½ am Donnerstag, 14. Februar, 19.30 Uhr – Eintritt 5 EUR

Am Freitag, den 15. Februar, gibt es für Schulklassen die Chance, den Film zu buchen – und anschließend mit dem Regisseur zu diskutieren.

Bauhaus - Schick

Zu dem diesjährigen BAUHAUS-Jubiläum will die Stadt Celle mit dem Werk des Architekten Otto Haesler groß rauskommen. Auf den letzten Drücker werden noch Pläne geschmiedet und Fördergelder beantragt, um das viel zu lange vernachlässigte Erbe des Otto Haesler touristisch vermarkten zu können. Kulturerbe wird in Celle eher vernichtet als geschützt. So ist es nicht verwunderlich eine unpassend moderne, dreidimensionale Werbe-Leuchtschrift mit Werbe-Leuchtschild direkt neben den historischen BAUHAUS-Nummernkästen an der Fassade des denkmalgeschützten Haesler Hauses am Sankt-Georg-Garten vorzufinden.



Blick nach Links #14

Schon mal was vom Akronym „AFOL“ gehört? Vom „Adult Fan Of Lego“? Nein? Einige dieser Spezies geben gerade im Bomann-Museum Celle eine grandiose Vorstellung davon, was es bedeuten kann, dazu zu gehören.

Auf 500 qm werden über 1000 Modelle aus einer der größten Privatsammlungen in Deutschland, der Sammlung von Andrea und Christian Lange, aus den Bereichen Star Wars (TM), Lego (R) Technic, Lego (R) Architecture, Lego (R) Friends und der Disney (TM) Princess Serie gezeigt.

Gab es in den Anfängen von Lego vor 60 Jahren knapp 500 verschiedene Steine (zur Grundausstattung gehörten Räder, Platten und einfache Bausteine), ist die Zahl unterschiedli-



cher Legosteine auf fast 80.000 angewachsen, in über 100 verschiedenen Farben und in bald 15.000 Sets verbaut.

„Kinder (selbst) sieht man heute in der Lego-Reklame kaum noch, das war in den frühen Siebzigern anders: In Prospekten und auf Verpackungen sah man Kinder, die beim Bauen und Spiel mit dem Gebauten kontemplativ versenkt schienen.“ (Roger Behrens in konkret 1/19 „Die Kolonisierung des Kinderzimmers - Ein Exkurs in infantile Imperien anlässlich von 60 Jahren Lego-Stein.“)

Während heute das neueste Modell „Millennium Falcon“ (TM) aus über 7500 Teilen besteht und es nur mit Hilfe einer mehrseitigen Bauanleitung möglich ist, das Ding zusammen zu setzen - und dann ist es eben der „Millennium Falcon (TM) - gab und gibt es unvorstellbare 915.103.765 Kombinationsmöglichkeiten mit nur 6 (!) gleichfarbigen 2x4 Steinen. Mehr unter:

steinzeitlich-hamburg.com & www.bricklink.com

Die Ausstellung „Raumschiffwelten“ im Bomann-Museum Celle läuft noch bis zum 11. Juni 2019 - Führungen - jeweils um 11.30 am 3.2., 17.2., 3.3. und 17.3.

Kultur-Forum

Gemeinsam mit der Leibniz Universität Hannover und der galerie dr.jochim zeigt die Ernst-Schulze-Gesellschaft eine Ausstellung mit Architektur-Entwürfen, die Studierende der Fakultät für Architektur und Landschaft geschaffen haben.

Die Studierenden hatten die Aufgabe, ein Ernst-Schulze-Forum in Celle zu entwerfen, ein Kultur-Forum mit dem Dichter als Namensgeber. Es war eine fiktive Planung, eine architektonische Entwurfsübung und kein realer Planungsauftrag. Eine Auswahl von besonders interessanten Entwürfen wird in der Ausstellung in Form von Zeichnungen und Modellen präsentiert.

Eröffnet wird die Ausstellung am Sonnabend, dem 2. Februar 2019, 15 Uhr, im Haesler Haus, Magnusstr. 5. Der Eintritt ist frei. - Die Ausstellung läuft bis zum 23. Februar; Ein Podiumsgespräch gibt's am 14. Februar, 18 Uhr.

Die Knigge des Herrn Nigge

Der folgende Text ist als Flugblatt – verantwortet vom Ver.di - Fachbereich Gemeinden – Hannover-Heide-Weser – im Rathaus unterwegs gewesen. Wir machen Euch den Text zugänglich, weil wir finden, dass er ein bezeichnendes Licht auf die Stimmung im Rathaus liefert. Und der Chef, um den es hier geht, ist ja durch eine Wahl ins Amt gekommen.

Schade, dass der Herr Nigge schon weg war und wir die Diskussion nicht in der Versammlung führen konnten.

Man sagt, der Ton würde die Musik machen und die Mitarbeiter/innen der Stadt Celle erfahren tatsächlich bei der Personalversammlung, dass sie bis jetzt in der zweiten Liga geschmort haben, aber was für ein Glück, sie durch den Trainerwechsel wieder dabei sind, in die Erste aufzusteigen.

Ohne Zweifel klingen das bereits in Kürze Erreichte und die Vorhaben der Verwaltung nicht schlecht, die Belegschaft hört von guten Ansätzen, u.a. vom Leitbild und den Maßnahmen für eine familienfreundliche Stadt, von der Sanierungsoffensive für die Innenstadt, der Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren oder der Ansiedlung von Unternehmen. Vieles kommt allerdings so rüber, als ob bis jetzt Stillstand geherrscht hätte und



erst jetzt, nach dem Trainerwechsel, endlich Bewegung in die Sache kommen würde. Wenn Fragen kommen, klingen die Antworten des OB in den Ohren der Mitarbeiter/innen ziemlich lapidar, manche fühlen sich abgekanzelt und teilweise so, als ob man nicht wirklich eine Diskussion auf Augenhöhe führen könnte. Dem Personal wird zugesagt, und heutzutage ist es schon was Wert (wenn man sich daranhält), dass Sparmaßnahmen niemanden persönlich treffen werden. Herr Nigge bedankt sich für die Unterstützung und Mitgestaltung durch die Mitarbeiter/innen. Allerdings spüren die Beschäftigten doch alltäglich im Betrieb, ob das ernst gemeint ist, ob es eine klare Führung gibt, ob die Stadtverwaltung bei Schwierigkeiten die Fürsorge für ihre Mitarbeiter/innen trägt, ob Transparenz über die Arbeitsziele herrscht, ob das Wissen der Beschäftigten abgerufen und ernst genommen wird, oder ob die Verantwortung einfach nach unten delegiert wird und man plötzlich Chef ist, ohne die Ressourcen dafür zu haben und (nicht ganz zweitrangig) ohne die Bezahlung dafür zu bekommen.

All die Vorhaben und Umstrukturierungen sind bis jetzt noch nicht durch betriebliches Gesundheitsmanagement und Personalentwicklungskonzepte flankiert worden. Der Kollege Christian Purps bringt am Anfang diese Aspekte ein und erläutert das Leitbild der „Guten Arbeit“. Doch Herr Nigge zeigt sich nicht besonders besorgt über die Abwanderung von Fachkräften, denn die Fluktuation bewege sich nach seiner Auffassung im Normalbereich. Personalentwicklung, Gesundheitsmanagement, Verringerung der Krankenstände: das alles wird zwar angekündigt, allerdings hat man dabei den Eindruck, dass der OB und die Stadtverwaltung nach der Devise vorgehen: Umstrukturierung, first! Bedenken und Wohl der Belegschaft, second! So kommt überwiegend die Botschaft rüber, wenn man sich mit den Kolleginnen und Kollegen unterhält, dass die Beschäftigten nur Kostenfaktor und reine Ausführer seien. Doch wissen wir bei ver.di ganz genau, dass sie doch diejenigen sind, die den Laden über jede OB-Wahl hinweg am Laufen halten.

Was dann noch schade und Vielen sauer aufstoßt ist, dass der OB nach seinem Beitrag und den Fragen an die Verwaltung die Versammlung verlässt und alle Führungskräfte mit sich nimmt. Wir haben heutzutage zwar alle viel zu tun, aber einmal im Jahr mit der eigenen Belegschaft für zwei Stunden bis zum Schluss zu sitzen, das ist doch machbar.

Schließlich macht das jede/r Minister/in bei der Versammlung im eigenen Ministerium auch. Es ist auch fatal, wenn damit das Signal in die Belegschaft gegeben wird, ab jetzt sei es nicht mehr wichtig zuzuhören.

So verpasst übrigens Herr Nigge den Beitrag der Gewerkschaft, die der Verwaltung auch ein Stimmungsbild

der Belegschaft und nicht ganz unwichtig, Auskunft über das neue und anstehende Tarifgeschehen geben könnte. Denn die Verwaltung beschwert sich auch nicht selten über das Tarifrecht und die Tarifabschlüsse und zwar so, als ob ver.di sie am grünen Tisch schreiben würde und doch hier und da nicht aufgepasst hätte und nachbessern müsste. Als ob es nicht so wäre, dass ver.di Tarifverträge bei harten Verhandlungen mit unnachgiebigen Arbeitgeberverbänden abschließt, die nur darum bemüht sind, gute Vorschläge der Gewerkschaft abzulehnen und keine eigenen Verbesserungsideen einzubringen. Aber es ist bekanntermaßen müßig, auf „die da oben“ des VKA [Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände] zu schimpfen. Die Stadtverwaltung könnte, wenn ihnen so viel an ihren Mitarbeiter/innen liegt, die Gewerkschaft bei ihrer Arbeit unterstützen und das Signal geben, dass man sich dort einbringen soll, damit es besser für Alle ist. Stattdessen verlässt der OB mit den Führungskräften die Versammlung.

Noch ein Lehrstück in Sachen Wertschätzung

Wie Wertschätzung wirklich gemeint ist, zeigt auch ein ganz praktisches Beispiel, das in der Versammlung angesprochen wird. Den Erzieher/innen sollen die Fahrtzeiten für geteilte Dienste (wenn sie z.B. den Arbeitsplatz um 13.00 Uhr verlassen und abends um 17.00 Uhr nochmal zur Dienstbesprechung zurückkommen müssen) nicht mehr als Arbeitszeiten anerkannt werden. Die Antwort der Verwaltung lautet, die Tarifverträge sehen das nicht vor, also, schwarzen Peter der Gewerkschaft zugeschoben, gestrichen. Bingo. Wenn der Gewerkschaftsvertreter dazu was erwidert, greift der OB ein und meint, das sei hier keine ver.di-Diskussion, ver.di habe Zeit für einen eigenen Wortbeitrag später. Schade nur, dass dann der OB schon weg ist.

Eines kann aber den in den Kitas beschäftigten Kollegen und Kolleginnen gesichert werden, dass sich ver.di mit dieser Frage weiter befassen wird, denn geteilte Dienste sind belastend und zerreißen die Ruhezeit und die private Zeitplanung. Die Beibehaltung der Anerkennung der Fahrtzeiten zum zweiten Dienst wäre tatsächlich Ausdruck der Wertschätzung gewesen. Ver.di interessiert es darum nicht, ob das eine außertarifliche Leistung ist oder nicht, sondern vor allem, ob die Zeiten zwischen den Diensten doch nicht Annahmeverzug nach § 293ff BGB sind und gänzlich bezahlt werden müssen, denn entsprechende Gerichtsurteile hat es dazu schon gegeben. So wäre die Wertschätzung noch größer.

Zu guter Letzt, im Artikel der CZ vom 15.12.18, bezeichnet Herr Nigge als „Ballast“ einige Sozial- und Jugendprojekte, von denen man sich als Stadt trennen sollte, denn das sei der Job anderer. Viel Wertschätzung und Sachkenntnis geht aus solchen lapidaren Bemerkungen nicht wirklich hervor.

Aber wenn es kalt wird, haben wir bei ver.di auch gute Winterjacken und vor allem haben wir Ideen und Ahnung von dem, was in der Stadtverwaltung passiert und es lohnt sich, mit uns zu reden.



Transition in Ungersheim

In der elsässischen Gemeinde Ungersheim haben engagierte Bürger*innen die Idee der Rettung des Planeten durch lokale Produktionsketten, ökologische Landwirtschaft und Konsumverzicht in die eigenen Hände genommen. Der Film begleitet die Initiative mit viel Sympathie und porträtiert vor Esprit sprühende Menschen, die selbst gezüchtete Getreidesorten aussähen, Photovoltaik-Anlagen errichten oder ein Passivhaus bauen. Ihre mit traditionellen Methoden operierende Aneignung des ländlichen Raums formiert sich als Widerstand gegen eine ressourcenverschlingende Globalisierung.

Seit 2005 hat die Gemeinde 120.000 Euro an Betriebskosten eingespart und ihre direkten Treibhausgasemissionen um 600 Tonnen pro Jahr reduziert. Sie hat hundert Arbeitsplätze geschaffen. Und sie hat ihre lokalen Steuern nicht erhöht. Der Film wurde über vier Jahreszeiten gedreht, in einem entscheidenden Jahr, in dem fast das gesamte Übergangsprogramm abgeschlossen wurde. Wie ein "Werkzeugkasten", aus dem sich ländliche Gemeinden oder Stadtteile inspirieren lassen können, zeigt diese Chronik des täglichen Übergangs das Glück und den Stolz, gemeinsam für diese große universelle Sache aktiv zu sein: den Schutz des Planeten.

Das Kino achteinhalb zeigt den Film am Mittwoch, den 13. Februar, um 19 Uhr. Die anschließende Diskussion wird von der Initiative LIST moderiert. Der Eintritt ist frei.

Müssen weniger Junge mehr Alte ernähren?

Im Sozialkundeunterricht habe ich gelernt, dass die Altersversorgung in Deutschland auf dem Generationenvertrag beruhe. Doch komisch, wenn ich auch gefragt habe ob Großeltern oder Eltern, keiner konnte sich erinnern, diesen Vertrag je gesehen oder unterschrieben zu haben. Dieser Vertrag besagt laut unseren Lehrern und Politikern, dass die Altersrente aus einer Umlage bezahlt werden soll: Die Jungen zahlen während ihres Arbeitslebens einen Teil ihres Einkommens in die Rentenkasse ein, aus der dann simultan die Renten der Alten ausgezahlt werden. Schon als 14jähriger Schüler reichten mir die Grundrechenarten, um zu erkennen, dass dies nur gut gehen kann, solange immer mehr gut verdienende Junge einzahlen und es relativ wenig lang lebende Alte mit gu-



ter Rente gibt. Wenn es aber relativ mehr Alte gibt und ein großer Teil der Jungen relativ schlecht verdient, kracht das System zusammen. Im Bereich der Wirtschaftskriminalität bezeichnet man solche Systeme als Pyramiden- oder Schnellball-Systeme und kommt dafür ins Gefängnis. „Die Rente ist sicher“ war und ist also eine Lüge, die als Einziger der damalige Sozialminister Norbert Blüm wirklich glaubte. (Als gelernter Jesuit log er nur, was er wirklich glaubte.)

Aktuell wird wieder von Wirtschaftsverbänden und Politikern vor einer „Politik auf Kosten der jungen Generation gewarnt“ gewarnt. Jungdynamiker Lindner von der FDP – der seine Schäfchen scheinbar schon im Trockenen hat – forderte sogar mutig Renteneintrittsalter 70. (Würde Jemand einen 69jährigen Lindner auch nur als Nachtwächter einstellen?) Doch schon nach den jetzigen gesetzlichen Regelungen steigt das Renteneintrittsalter stetig, d. h. wer früher gehen muss, bekommt weniger und die Rente wird auch gemessen am Bruttoarbeitslohn

immer weniger. 2017 lag die Durchschnittsrente der Männer in den alten Bundesländern bei 1078 Euro, die der Frauen bei 606 Euro. Hier nun zu suggerieren, „die Alten mästen sich auf Kosten der Jungen“, was ja „Politik auf Kosten der jungen Generation“ meint, grenzt an Volksverdummung. Wahr ist, dass eine Mehrbelastung der jungen Generation, gemessen an ihrer zukünftigen Rentenperspektive, derzeit Fakt ist. Da hilft auch die hoch gelobte „Private Vorsorge“ nichts. Auch hier genügen die Grundrechenarten: Wer wenig verdient, kann auch wenig zurücklegen. Schon die sog. Riester-Rente nützte außer dem damaligen Sozialminister Walter Riester und den Aktionären der privaten Finanzdienstleister wenig. Der vom Fliesenleger zum Minister aufgestiegene Walter Riester konnte nach seiner Amtszeit immerhin mit bis zu 180.000 Euro pro Jahr aus Beraterverträgen und Aufsichtsratsposten seine „bescheidene“ Ministerrente aufbessern. Der Riester-versicherte heutige Fliesenleger hat Glück, wenn er wenigstens das eingezahlte Geld zurück bekommt. Ein schlechter Witz auch der Vorschlag des Politik Zombies und Black Rock „Cheflobbyisten“ Friedrich Merz, die Leute sollten halt ihr Geld als Altersvorsorge in Aktien anlegen. Hat doch in den USA die Finanzkrise 2008 Millionen Bürger um ihre private Altersvorsorge gebracht, während Black Rock (die größte Fondsgesellschaft der Welt) ihr Vermögen gleichzeitig verdoppelte.

Da ich in der Schule gut aufgepasst habe, erinnerte ich mich, dass in den armen 1950er Jahren der BRD der Prozentsatz vom Bruttosozialprodukt, der als Rente ausgezahlt wurde, wesentlich höher war als heute in der reichen BRD. Klar – Grundrechenarten! – der Arbeitende produziert heute pro Stunde mehr Reichtum als früher. Er könnte also lässig auch mehr länger lebende Rentner ernähren. Die Frage ist nur, wo geht dieser Reichtum hin. Offensichtlich nicht in die Arbeitseinkommen und die Rentenversicherung. Da ich dazu aktuelle Daten wollte, wendete ich mich zunächst an den Armutsforscher Prof. Butterwegge. Er bestätigte, dass angesichts gesteigerter Produktivität die Renten kein Problem sein sollten. Für genaue statistische Daten verwies er mich an den Statistiker, Wirtschafts- und Sozialforscher Prof. Gerd Bosbach, der mir dann genaue Daten schickte. Zum Beispiel stieg von 1991 bis 2016 das Bruttosozialprodukt um 39,6%, die dazu nötigen Arbeitsstunden sanken dagegen um 1,6%. Doch wo ging dieses Mehr an Reichtum hin? Vielleicht sollten wir mal bei Black Rock nachfragen, statt uns von dummdreisten Politikern die Generationen gegeneinander aufhetzen zu lassen!

Wer schutzbedürftig ist, dem ist Schutz zu gewähren

Das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus hat am 20.09.2018 den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen Herrn Stephan Weil, den Innenminister Boris Pistorius und die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe Doris Schröder-Köpf um eine Stellungnahme gebeten, da in der Mitteilungsvorlage Nr. AN/0102/18-1 vom 16.09.2018 der Oberbürgermeister der Stadt Celle Dr. Nigge auf eine Anfrage der AfD vom 18.04.2018 dahingehend reagiert, dass u. a. die Härtefallkommission des Landes Niedersachsen sowie das Land Niedersachsen von der Stadt Celle diskreditiert wurde.

So lautet es in dem Schreiben u.a.: „Es werden u. a. psychiatrische Kliniken, Anwälte, Beratungsstellen, die Härtefallkommission des Landes Niedersachsen in massivster Form diskreditiert und schlicht den Flüchtlingen Rechte abgesprochen.“

Die Ausführungen des Oberbürgermeisters sind aus unserer Sicht böswillig und verächtlich und es wird die Menschenwürde anderer angegriffen. Ein Oberbürgermeister müsste aus unserer Sicht wissen, dass die in der Mitteilungsvorlage fast alle der dort genannten 98 ausreisepflichtigen Flüchtlinge durch unseren Rechtsstaat eine garantierte Berechtigung haben, sich in Deutschland aufzuhalten. Dass allen Menschen der Rechtsweg offensteht, ist eine Errungenschaft unseres Staates gerade auf Grund der Geschichte unseres Landes.

Die unterschwellige Behauptung, dass die Personen das Asylrecht missbrauchen, ist schlichtweg eine unhaltbare, unserer Gesellschaft und Demokratie schädigende Behauptung, die aus unserer Sicht ein Oberbürgermeister zu unterlassen hat.

Die Mitteilungsvorlage ist eine massive Stimmungsmache gegen Flüchtlinge, da verschwiegen wird, dass Härtefalleingaben, Eingaben beim Landtag und ähnliches die Vollziehung der Abschiebung aussetzt. Wenn ein Flüchtling die Härtefallkommission anruft, eine Eingabe beim Landtag durchführt, ist dies doch wohl ein Teil unseres rechtsstaatlichen Zusammenlebens.“

Mit Schreiben vom 02.01.2019 hat das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport auch im Namen des Ministerpräsidenten Weil geantwortet.

Dort lautet es u.a.: „Vielen Dank für Ihre Nachricht vom 20.09.2018 an Herrn Innenminister Pistorius und das gleichlautende Schreiben an Herrn Ministerpräsidenten Weil, die mich baten, Ihnen zu antworten. [...]“

Ungeachtet der Frage der Zuständigkeit für Ihre Beschwerde und ohne zum konkreten Einzelfall eine Bewertung vorzunehmen, möchte ich allgemein feststellen, dass die Art der von Ihnen geschilderten Äußerungen weder dem Inhalt noch dem Stil nach der Haltung der

Landesregierung entspricht. Insbesondere halte ich Diffamierungen generell und eine Diffamierung der Arbeit der Härtefallkommission und des Landtags insbesondere schlicht für unangemessen. Ich halte es vielmehr für geboten, sich in dem sehr sensiblen Feld der Flüchtlingspolitik mit der gebotenen Sachlichkeit auseinanderzusetzen. Dabei ist die Position der Landesregierung klar. Wer schutzbedürftig ist, dem ist Schutz zu gewähren.“

Die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe Doris Schröder-Köpf hat auf das Schreiben des Celler Forums gegen Gewalt & Rechtsextremismus sehr schnell reagiert und mitgeteilt, dass sie in einem persönlichen Gespräch mit Herrn Dr. Nigge die Angelegenheit erörtern möchte. So lautet es in einer weiteren Nachricht der



Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe vom 11.12.2018: „Ich möchte gern mit Ihnen über die von der Stadt Celle abgegebene Antwort sprechen, sobald ich die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Nigge hatte. Leider ist aus unterschiedlichen Gründen bislang ein Gespräch mit Herrn Dr. Nigge nicht zustande gekommen. Ich hoffe sehr, dass Anfang des nächsten Jahres ein Gesprächstermin gefunden werden kann, werde mich dann unverzüglich nach diesem Gespräch bei Ihnen melden und bitte Sie bis dahin noch um etwas Geduld.“

Offensichtlich ist es immer noch nicht zu diesem Gespräch gekommen. Anzumerken ist des weiteren, dass die Landesregierung am 26.11.2018 auf eine Anfrage zum Thema ärztliche „Gefälligkeitsgutachten“ wie folgt festgestellt hat:

„Der Landesregierung sind keine Fälle berichtet worden, in denen ärztliche Gefälligkeitsgutachten vorgelegt worden sein sollen, um Abschiebungen zu verhindern.“



Für die Kampagne „Eine Feuerwehr für Rojava“ wurde auch in Celle gesammelt. Nach vielen Schwierigkeiten konnte die Kampagne im September verkünden: „Die Container mit Feuerwehr-Equipment und Rettungsgeräten sind endlich am Zielort in Rojava angekommen.“ Und weiter:

„Die Lieferung wurde von unseren Genoss*innen vor Ort in Empfang genommen. Das Material befindet sich bereits in täglicher Nutzung. Letztendlich ist es nicht das eine Feuerwehrauto geworden, sondern viele einzelne Feuerweherteile und Hilfsmittel zur technischen Rettung.

Damit haben wir auf die Bedürfnisse vor Ort reagiert und in Absprache mit unseren lokalen Ansprechpartnerinnen und -partnern das Material besorgt, das am dringendsten benötigt wird. Folgendes wurde mit den Spenden realisiert:

- drei komplette hydraulische Schere-Spreizer-Sets (inkl. Generatoren), die als Rettungsequipment in verschiedensten Notfallszenarien genutzt werden können.
- Schutzausrüstung wie Jacken, Handschuhe, Helme etc.
- Medikamente und Verbandsmaterial
- 1.000 Schulrucksäcke und Schulmaterialien wie Hefte und Stifte, für die ersten Jahrgänge der wieder aufgebauten Schulen
- der Rest der Spenden wurde der Feuerwehrbehörde in Qamislo bar übergeben, damit notwendige Anschaffungen selbstständig getätigt werden können.“



Zensur gegen politische Graffiti

Ende Oktober hatte die Stadt Celle auf Betreiben der Polizei ein Graffiti mit verschiedenen Symbolen der kurdischen Freiheitsbewegung auf der künstlerischen Freifläche der CD-Kaserne vor dem Bunten Haus überstreichen lassen (siehe Foto unten). Im November wiederholte sich der Vorgang gegen ein Bild mit politischen Symbolen und Aussagen gegen Faschismus.

Das Plenum des soziokulturellen Zentrums Buntes Haus hat das Vorgehen scharf verurteilt. In einer Stellungnahme heißt es: „Wir als soziokulturelles Zentrum Buntes Haus, welches sich klar gegen Krieg, Faschismus, Unterdrückung und Ausgrenzung positioniert, begrüßen politische und kritische Kunst. An den Außenwänden unseres Zentrums wollen wir allen die Möglichkeit geben, sich auszudrücken, solange es jenseits von Diskriminierung und Ausgrenzung stattfindet. Es gibt sonst leider keine Orte in Celle, an denen kritische Kunst ihren Platz findet. Daher positionieren wir uns entschieden gegen die Zensur von Seiten der Stadt und der Polizei.“

Die Leitung der CD-Kaserne äußerte, dass die Polizei mit einer Anzeige drohe und sie deshalb die Symbole entfernen lassen musste. Der Vorwurf der Polizei laute auf verbotene Symbole. Das Bunte Haus fragt: „Aber welche Symbole sind dort zu erkennen gewesen? Es waren die Symbole der Selbstverteidigungseinheiten YPJ und YPG aus Nordsyrien, die dort gegen den sogenannten Islamischen Staat und andere faschistische Banden, genauso wie gegen das Regime in der Türkei Widerstand leisten. Und dazu ein Stern in einem Kreis. Der Stern hat meist das Symbol des Sozialismus in unterschiedlichsten Bewegungen in der ganzen Welt. Keines dieser Symbole ist verboten. Auch wurden unter anderem die Fahnen der YPJ/YPG auf Demonstrationen und Aktionen in Celle im vergangenen Jahr gezeigt. Es gab keine Einschränkungen dieser Symbole – warum jetzt? Wir [...] fordern die Verantwortlichen entschieden dazu auf, diese Art von Zensur einzustellen. Wir laden weiterhin alle dazu ein, unsere Freiflächen für politische Äußerungen und Kunstwerke zu nutzen.“

„- fast als wenn's gar nicht in Celle wäre“

... so mein Kardiologe zum Programm der Halle 19 vom Schlosstheater. Dort hatte im Dezember „Soul Almanyas“ Premiere und im Februar gibt's die beiden letzten Vorstellungen am 20. und 23. Februar.

Intendant Andreas Döring hatte offenbar die Absicht, ein follow-up der letztjährigen, erfolgreichen Komödie „Soul-Kitchen“ aufzulegen. Neu diesmal: Um glaubhaft und erneut auch augenzwinkernd die Probleme und Chancen des Ankommens und Bleibens in Deutschland vorzuführen, stellte das Theater eine starke Truppe von einem Dutzend Laien „mit Migrationshintergrund“ den „richtigen“ Schauspielern an die Seite.

Gleich vorweg: Das ist voll und ganz gelungen !!

Auch nach zweimaligen Ansehen meinerseits ist die Spielfreude der Laienschar, die Coolness und das selbstbewusste Auf-Treten eines ganz Besonderen: Herzerwärmend!!

Und so schauen wir Vätern und Töchtern, Jungen und Alten, Verliebten und anderen Träumern bei dem Versuch zu, das ganz normale Leben in Deutschland und eben auch richtig in der „Bürgerbühne“ der Halle 19 hier in Celle zu meistern. Ja mehr noch: in diesem Alltag ansatzweise Träume zu verwirklichen.

Die Idee ist: Wir machen was zusammen! Musik! Wir bringen den Soul nach Celle!

- Aber ach: Da ist das Kulturamt mit dem Room-Managing, der unvermeidliche Hausmeister und leider immer gerne wieder auch das eigene Planungs-Chaos; - dies alles streut natürlich stets Sand in das Getriebe der schönen Träume.

Soul Almanyas hat allerdings eine Schwäche, - der Abend hat zu viele absackende Momente; nichts spricht gegen ein dramaturgisches Stop-and-Go, und gern sollen



Vorne v.l.n.r.: Seham Darwisch, Dirk Böther, Vanessa Vanesyan, Hamza Abu Marya, Stefanie Winner, Belal Abdelhamed, Mohamed Alhamad, Hinten v.l.n.r.: Ibrahim Alharami, Anne Diemer



V.l.n.r.: Vanessa Vanesyan, Anne Diemer, Arze El Tom, Seham Darwisch, Roula Saad, Fotos: Hubertus Blume

darüberhinaus natürlich auch alle Laien ihre je eigene Sicht und ihre persönlichen Erlebnisse vortragen: etwa den Stress mit der Agentur, dann diese unselige Residenzpflicht, oder eben grade: Traumata der Geflüchteten – doch wenn es zu viele gute Ideen gibt (charmant die Karten-Nummer beim obligaten Deutschunterricht) dann muss es eben irgendwann „kill your darlings“ heißen. Die Figur des Soul-Brothers Björn hätte allein für ein eigenes Stück ausgereicht, - nun schleppt ihn die Schwerkraft des übervollen Geschehens eher un-leicht durch den Abend; ebenso wie den coolen Dönerbuden-Typen.

Döring hat jedoch in seiner Inszenierung ein Gegenmittel gefunden:

Musik und Tanz. – Wie haben die das denn hingekriegt? Die Band um Billy Ray Schlag (Klasse die Gitarre!) ist zwar wie erwartet frisch und souverän; - choreographisch jedoch brennen Profis und Amateure ein Feuerwerk an coolen, selbstbewussten Moves ab – das ist einfach super. Großen Respekt an Choreographin Yara Eid.

und die leichten sind an die schweren wie an Luft und Erde gebunden

Das Schwere – wie lebt's sich denn in der Fremde, fern von der Heimat, wie werd' ich denn hier begrüßt und behandelt, und wie geht das mit dem Verliebt-Sein? Ja, gibt es gar vielleicht – mit dem Soul, mit der Seele – ein Allheilmittel gegen das grundsätzliche Fremdsein beim Mensch-Sein?

Diese schwere Frage mit Leichtigkeit zu behandeln, das ist eine große Aufgabe.

„Soul Almanyas“ erbringt immerhin einen Beweis: Im Miteinander der Menschen kann das theatralische Arbeiten eines sein: ein kräftiger Begeisterungsgenerator.

GEPUNKT

OSKAR ANSULL

Rimbaud under the Steel Helmet

Der Dichter Helmut Maria Soik 1911–1989

Die uralten Feuer des Hasses.

HELMUT MARIA SOIK

Die zerbrochene Balalaika 1950

Im März 1980 erscheint im Berliner Veranstaltungsmagazin "Tip" eine Rezension unter dem Titel: „Kranichzüge über dem Schlachtviehhof“. Der Autor ist der seinerzeit gefeierte 'Undergroundpoet' JÖRG FAUSER [1944-1987], und er weist hier auf einen Lyriker deutscher Zunge hin: HELMUT MARIA SOIK. In seinem schmalen, unbekanntem Werk und der Biographie werden die harten Bruchlinien der deutschen Geschichte sichtbar. Die Rezension stellt dieser auch seinem letzten Gedichtband von 1980 voran:

Soik gehört nach Alter, Erfahrung, Ausbildung und Anlage noch ganz zu der Generation, die – als letzte – das deutsche Bildungs- und Kulturgut, die deutsche Literatur des 18. und 19. Jahrhunderts, unangetastet und um den Expressionismus vergoldet auf ihrem Weg in die Schützengräben, in die Massenvernichtungsanlagen und Gefangenen-Camps mitbekam. Er hat diese Tradition nie geleugnet und nie aufgegeben; aber in seinen Gedichten, und das macht sie für mich so wertvoll, auch nicht geleugnet, daß diese Hochkultur mit dem Blut der Ausgebeuteten so viel zu tun hat wie mit dem Hof von Weimar und den Salons der Geldsäcke, und daß die Kranichzüge der Literatur vom Rauch der Verbrennungsöfen ein für allemal verfinstert wurden.

FAUSERS Fürsprache hat nicht viel genutzt, auch wenn er beteuert: „So fremd uns manchmal Soiks Sprache sein mag, seine Gefühle können uns nicht fremd sein ...“.

Es ist schon merkwürdig, wie prädestiniert gerade Dichter sind, mit ihrer Fähigkeit Emotionen auszudrücken, auch für das Hassen in unterschiedlichsten Varianten Worte zu finden. „Blaise Cendrars haßte seine Familie wie ich hasse die meine“, beginnt das Gedicht „Meine schöne Mutter“ (1984) von HELMUT M. SOIK, der doch schon über dreißig Jahre zuvor klagt, warum die Tränen der Mütter „die uralten Feuer des Hasses“ nicht zu löschen vermögen.

Gebürtiger Schwarzwälder

Er heißt ursprünglich HELLMUTH ROBERT und ist nicht 1914, wie in Publikationen nach 1976 von ihm stets angegeben, sondern 1911 in Schweningen a. N. (Schwarzwald) geboren. Warum er sich jünger macht, ist nicht bekannt. Der Vater (Stiefvater?) ist ein hochrangiger SA-Funktionär, der Sohn schreibt, bildmächtig wie stets, von einem „schnurrbartrasselnden Leutnant“. Seine Mutter soll MANJEFFA SOIK, geborene BALUJEW oder WALUJEW heißen, nach Unterlagen bei der Übersetzerin TATJANA WARREN in den USA. Es wird alles in allem deutlich, dass SOIK nach 1945 nicht nur bemüht ist diese jüngste Vergangenheit zu begreifen und sich dabei gleichzeitig mehr und mehr zu distanzieren, sondern er hat auch schon sehr früh zwei Konstanten aus dem deutschtümelnden HEL(L)MUT(H) gestrichen und den ROBERT mit Reverenz zu RAINER MARIA RILKE gegen MARIA getauscht. Wer seine Gedichte liest, wird heraushören, dass hier eine lyrische Begabung sich mit hohem Verkündigungsston ausspricht. Ein idealistisch-pathetischer Poet, der in der Weimarer Zeit geprägt wird und eine altsprachlich gymnasiale Bildung nicht leugnen kann. Zudem kommt noch eine deutliche Nähe zum Kreis STEFAN GEORGES hinzu, plus frechem Zeitgeist. Alles in allem eine wilde Mischung, die er in seiner Münchner Studentenzeit kultiviert, verbunden mit kaum gezügeltem Pathos in Wort und Geste. Das haftet ihm in wechselnden Tonlagen, mit allzuviel Angelesenem und Verklausuliertem, bis ins hohe Alter an und steigert sich noch.

Der Freund Fritz

In München befreundet sich der Student SOIK mit FRITZ ROSENTHAL [1913-1999], einem Kommilitonen jüdischer Herkunft, der später unter dem Namen SCHALOM BEN-CHORIN bekannt wird. Beide gründen 1931 eine Zeitschrift unter dem martialischen Titel „Der Vorstoß. Blätter für junge Dichtung“, von der aber nur zwei Ausgaben erscheinen. [...] OSKAR MARIA GRAF [1894–1967] sind die Blätter aufgefallen, und er enthält sich nicht der Kritik: „Ihr 'Vorstoß' ist natürlich der reine Stoß“, meint er zu ROSENTHAL, aber das sei nicht weiter tragisch, da „jeder junge Literat sich erst einschreiben müsse.“ Zum 19. Geburtstag [1932] schenkt SOIK dem Freund eine Auswahl der Gedichte STEFAN GEORGES, eine Begegnung, die für BEN-CHORIN „wegweisend“ wird, der in GEORGE nicht nur den „Dichter, sondern den Seher“ erblickt. Die beiden Studienfreunde hören beim legendären ARTHUR KUTSCHER [1878–1960] Literatur und Theaterwissenschaft. SOIK studiert zudem Archäologie, Kunstgeschichte, Philosophie und vergleichende Religionswissenschaft. Im April 1933 wird FRITZ ROSENTHAL von SA-Männern misshandelt, er erinnert sich in seinem Buch „Jugend an der Isar“ [1980]:

„Ich wurde verhaftet, Handschellen wurden mir angelegt, und so wurde ich über die Kaufinger- und Neuhaußerstraße geführt, wobei einer der SA-Leute begann, mir

die Faust ins Gesicht zu schmettern. Als mir das Blut über Hemd und Gesicht floß, versetzte ihn das offenbar in einen Blutrausch und er begann, wie rasend nach mir zu schlagen und zu treten.“

Verhör, Haft, Angst, Ungewissheit:

„Auch als ich nach drei Tagen entlassen wurde (die Entlassung hatte ich wohl dem Stiefvater meines Freundes Soik, einer hohen SA-Charge, zu verdanken), mußte ich unterschreiben, daß ich gut behandelt, nicht mißhandelt wurde.“

Damit ist der Grundstein zu einer Freundschaft gelegt, die andauert, trotz SOIKS hymnisch-nationalen Versen aufs Vaterland, die im Echoraum des nationalsozialistischen Bamberger Dichterkreises kursieren, dem er nahe steht. Der Lyriker, Erzähler, Journalist und Religionswissenschaftler SCHALOM BEN-CHORIN emigriert 1935 nach Palästina, aber sie tauschen weiterhin Gedichte und Briefe aus, bis zum Tod des Freundes in Celle. BEN-CHORIN verfasst 1989 einen Nachruf auf H.M. SOIK.

„Gusti“ und die blonde Inge

SOIK ist von 1934 bis 1939 Verlagslektor und Redakteur beim Rundfunk. In dieser Zeit verliebt er sich in die Choreografin, Ausdruckstänzerin und Klavierlehrerin AUGUSTE „Gusti“ BORNHÖFT [1903–200?] aus Celle und 1939 heiraten sie in München. Im selben Jahr wird Tochter MELSENE geboren. Es ist dieser ungewöhnliche Name eine Ableitung von Melisande und Melusine, das so viel wie Tapfere und Geschwinde, aber auch Honigsüße bedeutet.

Zuvor, schon 1934, schreibt und veröffentlicht der eben 23-Jährige die Erzählung „Inge und der Bamberger Reiter“. Sie erscheint in den Münchner Neuesten Nachrichten, die im März 1933 umstrukturiert worden sind, d.h. Redakteure verhaftet, Mitarbeitern gekündigt und Parteigetreue eingestellt. „Wenn ich die blonde Inge, abends nach Hause bringe“, trällert 1929 MAREK WEBER und sein Orchester. Inge ist ein beliebter Mädchenname der Zeit, und so heißt auch die Hauptfigur der wahrhaft völkischen Strahlemann-Geschichte, die H.M. SOIK an die Münchner Zeitung schickt, bei der er sich vielleicht eine Stellung erhofft – oder er ist dort bereits tätig. Die Kurzfassung geht in etwa so:

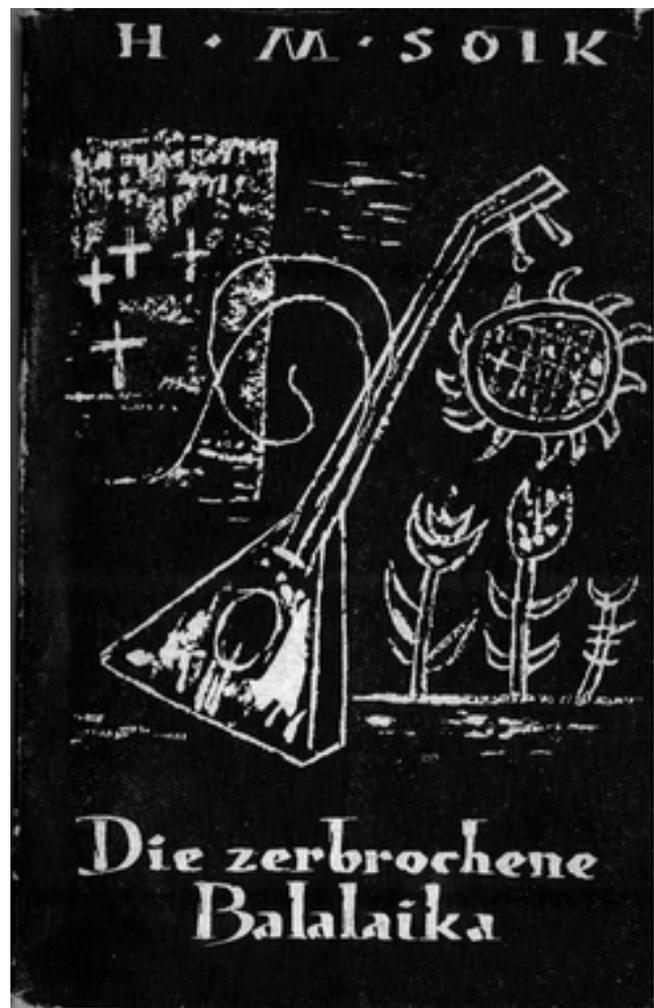
Inge, ein neun Jahre junges Mädchen, bewundert den Bamberger Reiter, hoch zu Pferd. Sie wünscht sich, kinderträumend, er möge lebendig werden, sich ihr zuneigen und sprechen. Der Stein aber bleibt Stein. Inge reift zur deutschen Frau: treu, tugendsam, unverzagt, entsagungsvoll. Der Reiter bleibt ihr Idol, aktuelles Mittelalter. Einmal verirrt sich die junge Frau in einem Wald. Es wird Nacht, und da erscheint ihr ein Reiter, ein Bild von einem Mann, strahlend, Retter in der Not, der Bamberger ist ihr lebendig geworden. Sie „küßt ihn mitten auf den herrlichen Mund“, und er versichert ihr, dass er tatsächlich der Bamberger Reiter sei, heißt sie hinten aufzusitzen und führt sie aus der Irre. Unterwegs reden sie über

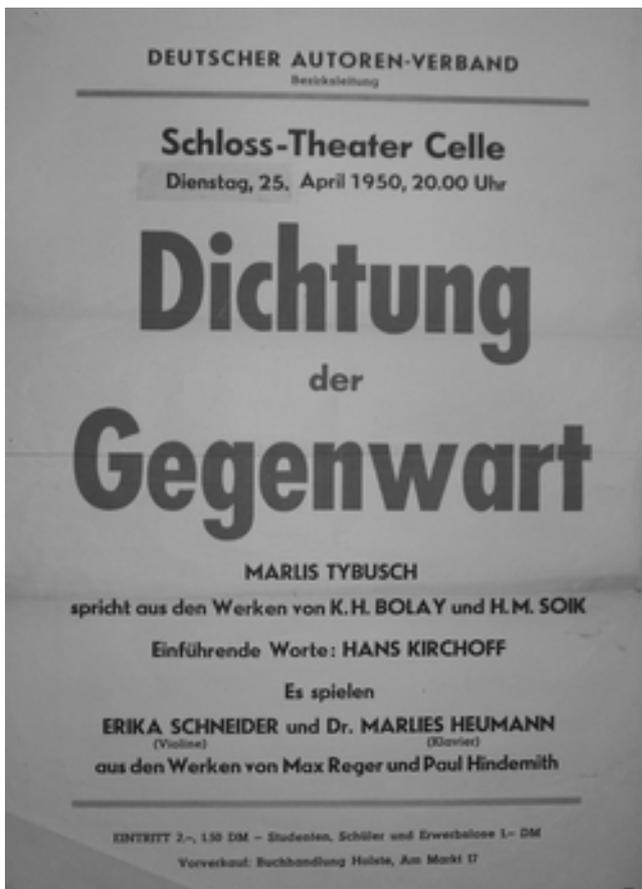
Land und Leute. Inge sagt: „Sie hassen nimmer und überall blühen Äcker auf. Jetzt sind wir wieder ein Volk.“ Sie fragt ihn: „Hast du die Fahne der Befreiung gesehen?“ Hat er, ja sicher, sie weht auch im Dom und der Reiter strahlt: „Ich hüte das Land, euch alle ... So viel Verheißung ist in euch und soviel Großes“. Er küsst die Blondine, dieser Recke und reitet beschwingt fort. „Parzifal“, schrie Inge, 'Parzifal' – 'Deutschland', kam's zurück, und dann war der Reiter im Wald verschwunden.“ Vorhang!

„Sie hassen nimmer ...“, läßt er die Inge sagen. Wie SOIK, der gerade die Verhaftung seines Freundes erlebt hat, der, als dieser Text gedruckt wird, noch in Deutschland lebt und höchst gefährdet ist, wie SOIK mit klarem Verstand so einen Stuss schreiben kann, sich dem Zeitgeist derart andient, das ist schon ein starkes, dummes Stück. Eine Kindergeschichte, dick gespickt mit Deutschtum, Weltanschauung pur und als blondes Deutsches-Mädchen-Märchen serviert.

Die Balalaika zerbricht

Sechzehn Jahre später, in „Die zerbrochene Balalaika“ [1950], erscheint der Bamberger wieder, doch es schweigt der Reiter, der nun im Gedicht unterwegs ist: „Der Reiter im Dom zu Bamberg“. Da ist nichts großes mehr, der Reiter verspricht nichts mehr, küsst keine Blondine, aber der Dichter betet jetzt und glaubt den





Reiter durch sein Beten geweckt zu haben. H.M. SOIK kommt aus der Kitschkurve der Überhöhungen nicht raus. Und weitere sechsundzwanzig Jahre später heißt es im Poem „Erika Maria Wullkopp“ [1976/1980]: „Der N.S. Reiterverein, dem Parteigenosse Wullkopp / seit Jahren angehörte / stiftete / zwei patinierte Gipsstatuetten / des Bamberger Reiters / und der Uta von Naumburg.“ So zerbröseln in angestrebter Satire nach vierzig Jahren der einst angebetete Deutschlandretter und -reiter.

Über seine Arbeit als Verlagslektor und Rundfunkredakteur im Nazideutschland ist bisher nichts bekannt. Ist er Mitglied der NSDAP? Ohne Parteizugehörigkeit sind Anstellungen in Presse und Rundfunk in diesen Positionen nicht oder kaum denkbar, außer in einer bis spätestens 1943 geduldeten Nische, wie dem Münchner Kaiser-Verlag, der evangelisches Schriftgut publiziert. Doch das ist nur eine Vermutung, zu der die christliche Thematik, die SOIKS Gedichte durchzieht, ein mögliches Indiz wäre. Ebenso breitet sich Schweigen über seine Kriegsdienstzeit 1939/40 bis 1945. Der Dichter schweigt sich aus oder verklausuliert. Es ist nichts darüber bekannt, wo und was er in welchem Rang in den Jahren als „german soldier“ (er sagt nicht gern Wehrmachtsoldat) gemacht hat, es ist nur pauschal von West- und Ostfront die Rede, einmal heißt es gar (immer etwas heldisch gedreht) er „fought in the battle of Stalingrad“. SOIK kehrt, so sagt er, aus der Kriegsgefangenschaft, einem Bergwerk bei Katowice, erst 1950 zurück. In München ist ihre Wohnung ausgebombt, so geht er nach Celle, wo seine GUSTI seit 1946 im Bornhöft'schen Hause in der Zöllnerstraße auf ihn wartet. Sie wohnen später am Nordwall 58.

Zuvor [1943] hat sie mit der Tochter MELSENE in Berlin-Dahlem bei der Schwester gewohnt. H.M. SOIK kehrt 1948 aus der Gefangenschaft zu Frau und Tochter zurück, die in Celle auf ihn warten. Im März 1950 erscheint sein Gedichtband „Die zerbrochene Balalaika“ im Celler Verlag Die Neue Bauhütte. Den Umschlag hat FRITZ GRASSHOFF gestaltet.

DIE ZERBROCHENE BALALAIKA

*Wie sang aus dir das dunkle, süße
Lied von Nacht und Traum und lächelndem Verzicht.
Wie schenkte sich dein Leib im liebenden Begehre,
In müder, tiefer Erdschwere,
Im Steppenwind und Sternenlicht.
Nur der Geliebten Leib war wie der deine,
Daß oft der Liebende erschrak,
Wenn er erglühte in des Blutes Peine,
Und er vergaß die Nacht, des Tags Beginn,
So bebtest auf du, brauner Leib, und gabst dich hin.
Dann nahm dich einer auf und spielte
Sein Schicksalslied, und dich zerbrach das Erz,
Das groß nach deinem Untergange zielte.
Du stöhntest laut, o du, mein Herz!*

Raunen, schwülstig zur Schau gestellte Liebesnot, Folklore, große Worte, Leidensorakel, lyrische Mache – „erglühte in des Blutes Peine“ – dies Balalaika-Gemisch zieht sich durch den ganzen Nachkriegslyrikband, in dem schon etliche der Langgedichte stehen, die er erst später Long-Poems nennt. Der Gedichtband endet mit einem über fünfzehn Seiten sich erstreckenden, durchweg autobiographisch lesbaren „Finale Héroique“. Das liest sich, als wenn es dem fernen Freund SCHALOM BENCHORIN zugeschrieben ist. Dem mochten diese Leidensgesänge später ganz anders im Ohr klingen. Die deutschen Erfahrungen von Krieg und Gefangenschaft prägen den Gedichtband im Kern: „O Bruder Namenlos, Soldat, / Du Nummer der Erkennungsmarke ...“, dies frühe Long-Poem des Dichters berührt allerdings, trotz (auch hier) aller penetranten Überhöhungen und schwer erträglichen Bildungshuberei. Die Mehrzahl der Gedichte atmet das Pathos des Krieges und die wiederholte Erwähnung von Medyn, legt die Annahme nahe, dass SOIK vielleicht schon dort in Gefangenschaft geriet. Im Oktober 1941 wurde Medyn, eine russische Kleinstadt, von der deutschen Wehrmacht besetzt und im Januar 1942 von der Roten Armee zurückerobert. SOIK ist dann von 1942 in Gefangenschaft, und nicht von 1945 bis 1950, was sich aus verschiedenen Daten rekonstruieren lässt. Doch das ist reine Spekulation, es gibt nichts Konkretes. Das „Finale Héroique“ schließt:

*Mein ferner Freund, du nie gekannter!
Nimm meinen Blick voll Liebe hin.*

*Wir wissen von einander und die Steppe ruft uns an,
Die Wälder weißer Kreuze fern im Osten.
Schling' deinen Arm um meinen Hals:
So trag' ich dich ins Dunkel hin . . .
So spricht mein Herz mit dir,
Wie damals vor Medyn. –*

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) rezensiert am 22. März 1950 den Gedichtband:

„H.M. Soik hat aus dem Erlebnis des Krieges, der Kriegsgefangenschaft und der Heimkehr in die abendländische Kultur eine sprachmusikalische Form gestaltet. ... Seine Verse kann man nicht mit den Augen lesen und dann begreifen. Man muß sie sprechen. Soik's Lyrik weist einen Hang zur Verinnerlichung auf, zur arten, fast volksliedhaften Nuance. Sie ist aber auch avangardistisch. Bilder und Rythmen blühen in ihrempor. Die Erkenntnisse des Surrealismus mit der Ausdrucksform in Einklang zu bringen, ist das innerste Anliegen dieses Dichters.“

1952 erhält SOIK ein niedersächsisches Förderstipendium, es ist die einzige Auszeichnung für seine literarische Arbeit. Seine frühen Gedichtbände aus den 30er Jahren, das Inge-Märchen, nichts von all dem ist mehr brauchbar. Die Balalaika ist gründlich zerbrochen. 1957 soll zwar noch der „Oktoberlaub“-Gedichtband erschienen sein, wie SOIK überall angibt, das ist aber eine Erfindung, es gibt ihn nicht. Es folgen nach 1952 nur fünf- und zwanzig stille Jahre.

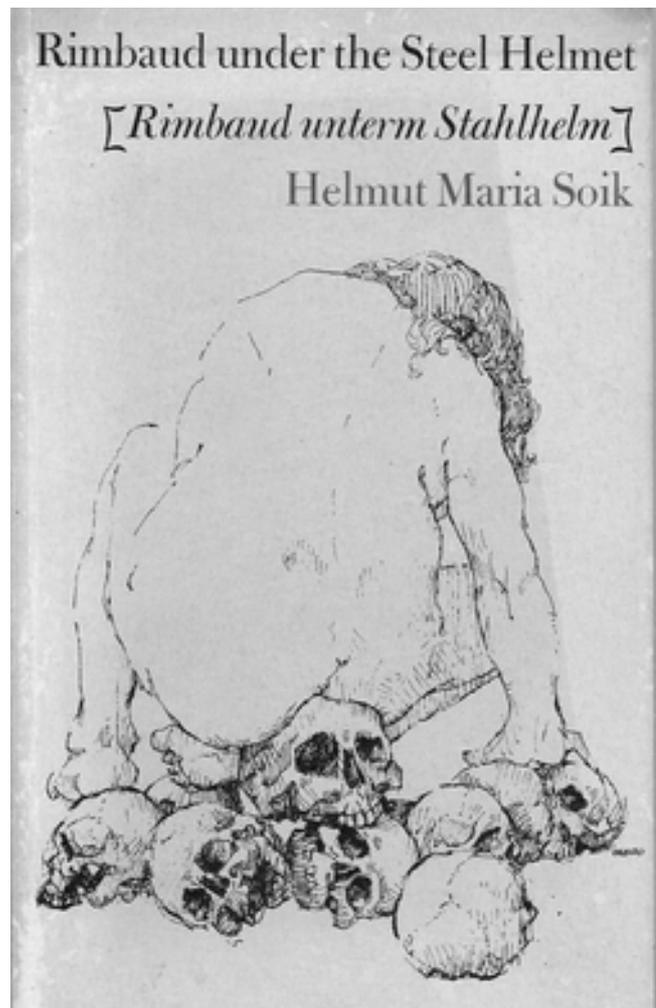
Vom Stahlhelm zum Steel Helmet

Mit einem kleinen Paukenschlag erscheint sein fortan bekanntester Gedichtband zweisprachig in den USA, in Los Angeles & Fairfax: „Rimbaud under the Steel Helmet“, ins Amerikanische übersetzt von GEORG M. GUGELBERGER und LYDIA PERERA.

Wie ist das passiert? SOIK hat auf einer USA-Reise, wo er nach eigenen Angaben Gastvorlesungen hält, den jungen Germanistikprofessor GUGELBERGER kennengelernt. Dem haben seine Poems gefallen, die aufsässig, aggressiv, ein wenig an BUKOWSKI erinnern, gerade in die amerikanische Lyrik-Szene passend. Der Professor knüpft die nötigen Verlagskontakte.

Der Steel-Helmet-Gedichtband erscheint als ein lyrischer Kraftakt, ein trotziges Auftrumpfen in und aus Amerika. Im Ton nicht neu, lang sind seine Gedichte schon zuvor. Es ist ein erneutes Anknüpfen ans Hymnische der 1930er und 1950er Jahre, aber noch deutlicher die großen und kleinen poetischen Heroen (sic!) der Geschichte aufrufend, RIMBAUD vornweg. Der Dichter H.M. SOIK erscheint auf der Bühne, positioniert sich zwischen großen Namen: BRECHT, BENN, CELAN, EICH, inszeniert sich als ein deutsch-amerikanischer RIMBAUD, quasi unterm Stahlhelm der jüngeren Geschichte. Besonders unangenehm in manchen Tonlagen, wenn er etwa RIMBAUD & Co. mehrmals kumpelhaft mit „mein junge“ in den Gedichten anredet.

Er lässt im Unklaren, was sich bis 1945 und danach in mehr als fünfjähriger Gefangenschaft, im Kopf des SOIK-RIMBAUD abgespielt hat, geschweige, das bekannt wird, was von 1934 bis 1939 aus der Feder des Verlagslektors und Rundfunkredakteurs geflossen ist. Für SOIK müssen dies sechzehn verlorene Jahre sein, und zählt er die nochmal gut fünf- und zwanzig bundesre-



publikanischen dazu, dann ist das sein halbes Leben. Der Klageton darüber fällt 1976 groß aus, die Geste ist gewaltig und führt vier Jahre später direkt weiter in die literarisch illuminierte Hölle: „Exkurs über die mögliche Existenz der Hölle“ [1980]. SOIK nennt sie „Photographies du temps passé“ und es sind wieder Long-Poems, erscheinen in Rogner's Edition bei Ullstein. Ein Neuaufguss, denn acht Gedichte daraus stehen schon im „Steel Helmet“. Und wieder kommt fast keines ohne plakativ große Namen aufzurufen aus, die der Dichter sich stets zur Verstärkung in Fülle herbeiholt: DANTE, W.H. AUDEN, JAMES JOYCE, JOHN DONNE, VOLTAIRE, FRANS HALS, BAUDELAIRE, TOULOUSE-LAUTREC, HÖLDERLIN, HEGEL, THOMAS MÜNZER, HÖLTY, BRECHT ... und und und – ein Zitat von E.M. CIORAN [1911-1995] vorangestellt: „Man verlangt von uns Taten, Beweise, Werke, und alles, was wir vorweisen können, ist verwandeltes Weinen“.

*Der unbequeme vergißt sich
schnell im exil.*

*Meine hütte am nordwall begrub abends
der schnee. Schwermut überfällt mich, wenn
aus der asche die kälte schreit.*

*Sterben möcht' ich
und bin gezwungen zu leben.*

Aus: Bemerkungen Tu Fus über einiges seine zeitgenossen betreffend

In der Tat, eine schwierige Balance zwischen „verwandelt Weinen“ und Bildungsdünkel und aufdringlichem Namedropping. Ich werde, mit wenigen Ausnahmen, den Eindruck der Pose bei diesen Poemen nicht los. SOIK ist immer auch der, dem er sich anverwandelt, mal spricht er als chinesischer Weiser aus dem Munde des TU FU [712-770], mal ist er im Gespräch mit dem Gefangenen auf dem Asperg, FRIEDRICH DANIEL SCHUBART [1739-1791]. Mit den Long-Poems und ihrem hymnischen Ton, schließt SOIK an seinen ersten Gedichtband „Die lichte Spur. Gesänge ...“ von 1932 an. Die Long-Poems aus den 1970er Jahren sind die großangelegten Altersgesänge des gereiften Poeten, der nun die Schlachtfelder und Katastrophen des Jahrhunderts überblickt, das Vergessene und Verfemte benennend, Momente aus Schützengräben, Folterkammern, Lagern aufrufend. Auch Celle irrluchert mehr oder weniger deutlich zu erkennen hin und wieder durch die Verse. Ein singulärer Späterfolg für einen fast siebzehnjährigen Dichter, um den es bald wieder still wird, weil es eigentlich nie richtig laut geworden ist.

Agiler Sechziger

Im Jahr 1985 fällt ein unerwartetes Seitenlicht auf ihn. Da kommt er uns in fiktiver Gestalt als Andreas Durek entgegen, eine Figur der Schriftstellerin MARLIS STRAUB [1920-1986], in ihrem Roman „Mainpromenade“. Eine Figur, die sie nach dem befreundeten H.M. SOIK geschaffen hat. Sie kennt ihn seit gut dreißig Jahren und schildert den nun „agilen Sechziger“ nicht ohne Sympathie, aber in schonungsloser Offenheit. Sie kannte ihn aus jungen Jahren, sie erinnert sich: „Ein Dichter, Lyriker, der in die Sonne fliegen wollte ... Den Roman des Jahrhunderts wollte er schreiben, steckte voller bedeutender Projekte.“ Die STRAUB schildert dann, zwanzig Jahre später, ausführlich die USA-Aufenthalte SOIKS, die Umstände der Publikation, die ihn bekannt macht. Es bahnt sich eine Geschichte zwischen ihrer Protagonistin Eva und dem Andreas an, der Eva halbtot monologisiert:

„Andy ... suchte nicht das Gespräch, dieser Mensch hier wollte sich stundenlang selbst präsentieren, der wollte sein Leben vor ihr ausbreiten, vor allem aber seine gediegene Bildung. Spreizte sich wie ein Pfau, schlug genußvoll das Rad, buntgesprenkelt mit Aphorismen und englischen, französischen, lateinischen Sprachfloskeln.“

Doch sie befindet sich in einem Zwiespalt:

„Jaja, seine Endlosmonologe waren ihr auf die Nerven gegangen, ja, er war ein Egozentriker. Aber waren da nicht auch andere Augenblicke gewesen? Die Wärme seiner Hand auf ihrer Schulter. Das plötzlich erschöpfte Schweigen und sein Gesicht, entleert und ohne Hoffnung.“

Und über seine Long-Poems schreibt sie:

„Der diese Texte geschrieben hatte, war durch mehrere Höllen gegangen, dem war Krieg und lange Gefangenschaft bis in die Eingeweide gedungen.“

Andreas hat in ihrer Beziehung nun wieder Kredit. Sie erkennt, da ist ein „Mann, ein Dichter dazu, der selten nur Gelegenheit hatte, über die Dinge zu sprechen, die ihn interessierten.“

MARLIES STRAUB erzählt diese späte Liebesepisode äußerst behutsam, anrührend und sehr gekonnt. Sie gerät dabei nie auch nur andeutungsweise in die Nähe der landläufigen Lore-Liebes-Schmöker. Sie hat hier nicht nur dem vier Jahre später verstorbenen SOIK ein kleines Denkmal gesetzt, auch der Frau, AUGUSTE „Gusti“ SOIK, die in dem Roman die Ruth ist: „Die Frau, die bei Wind und Wetter in die Umgebung [von Celle] zu ihren Klavierschülern fuhr, während er seine Poems schrieb und den Hausmann abgab, längst bevor dieser Ausdruck überhaupt erfunden worden war.“ Es heißt über die SOIKS, die STRAUB lässt es den Andreas Durek sagen:

„Wir wollten nach München zurück, wo wir uns während unserer Studienzeit kennengelernt hatten, aber wir haben den Absprung einfach nicht geschafft aus dieser Stadt, aus der sie stammt, wo ihre Geschwister leben, lauter Arrivierte, die mich nie anerkannt haben ... schreckliche Szenen gab es, Erbstreitigkeiten, Demütigungen ... es ist ihr Trauma.“

Der Schwarzwälder und Wahlmünchner muss sich 39 lange Jahre – die halbe Lebenszeit! – in Celle nie wirklich wohlgefühlt haben. In einem seiner Long-Poems steht die Zeile: „... sagt, wo find ich mein verkrachtes Genie?“ Kürzer lässt sich vermutlich des Dichters Zustand nicht benennen. Er schreibt, wieder mit Aufruf zweier großer Dichternamen, im Juli 1979 an JÖRG FAUSER und es wird der Nordwall in Celle sichtbar:

„In meinem Rattenlochhaus ist die Stille des Grabes. Sandstürme wehen an mein Fenster. Die Straße gleicht einer Hauptkampflinie. Eunuchenarmeen von braven Beamten marschieren vorbei. Tote Dichter klettern aus ihren Bänden zu mir herunter, und Brecht schüttelt den Kopf über Lorca, dessen Augen reines Blei sind.“

Vorab-Auszug aus Oskar Ansulls demnächst erscheinenden Buch: "Heimat, schöne Fremde", dort findet sich dann auch die Literaturliste.

Wir möchten an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass in der revista #68 (Febr./März 2014) Soiks Gedicht „Wir klagen um Aphroditis Kanellos“ veröffentlicht ist. Das Heft gibt's zum Download im Heftarchiv:

<https://www.revista-online.info/>

Blitzbirnen holen sich die Quiz-Krone

Es war tatsächlich die richtige Beantwortung der letzten Frage, mit der sich die BLITZBIRNEN ihren hauchdünnen Vorsprung verschafften & die QUIZ-Krone eroberten. In der Musik-Runde vorgespielt wurde Heinz Bövers „Herrliches Cello“ - ein Lied zum Weghören. Die anschließende Frage war dann: „Was wird hier auf FLUSS gereimt?“ Einzig die BLITZBIRNEN notierten: „Gruß“.

NO SPORTS zeigten mit ihrer Antwort, dass sie nicht zufällig auf Platz 2 gelandet waren. Sie trauten dem Moderatorduo zu, die Antwort auf die letzte Frage „Schluss“ lauten zu lassen.

Den dritten Platz teilten sich am Ende die Heimmannschaft MORLOCK mit den PFEFFI. Die Ergebnisse – auch in den einzelnen Kategorien – finden sich unten rechts. Die Kategorien waren: Gesellschaft, Cello, Bilder, Politik und Musik. Vor Beginn der Raterunde musste jedes Team sich entscheiden, welche Kategorie am Ende die doppelte Punktzahl bringen sollte („Dopo“).

Vorab hatte Team MORLOCK eine gewisse Favoritenrolle. Deshalb wurde es auch viermal als Joker gezogen – dreimal mit Erfolg. „Joker“ bedeutete: Bei einer Frage in der gesamten Runde bestand die Chance, die Antwort eines anderen Teams zur eigenen zu machen.

Die einzige Frage, die alle Teams beantworten konnten, war übrigens die nach der Celler Rohen Roulade (eine Bildfrage). Die einzige Frage, die kein Team richtig beantwortete, war die nach dem Namen der höchsten Erhebung im Landkreis Cello (Falkenberg).

Eine der witzigsten Antworten lieferten die Blitzbirnen. Auf die Frage nach der aktuellen Zahl der Bundestagsabgeordneten kam von ihnen: 666.

Insgesamt kann sich die revista übrigens über 115 Euro Startgeld freuen.

Und für unsere Leser*innen hier noch eine kleine Auswahl aus den insgesamt 35 Fragen:

In welcher Sportart ist 147 das Größte?

Welcher der vier Beatles war 1966 in Cello?

RWLE Möller zeigt in seinem Ölbild „Celler Welt“ Helmut Hörstmann (als Salvator Mundi) mit einer Weltkugel. Das Bild heißt „Celler Welt“. Welches Gebäude ist in der Weltkugel zu sehen?

Für welches Recht trat Karl Marx' Schwiegersohn Paul Lafargue in einer 1880 erstmals veröffentlichten Schrift ein?

Vor welchem Gebäude inszenierten Rage Against The Machine 1999 ihr Video zu „Sleep now in the fire“?



	G	C	B	P	M	D	P
Blitz Birnen	3	2 ⁵	6 ¹¹	4 ¹¹	3	3 ¹¹	21
No Sports	4	4 ¹³	5 ¹³	2 ¹¹	1	4 ¹¹	20
Ohne Herr Kaiser	1	3 ⁵	1 ⁵	1 ⁶	1	1 ¹¹	8
Morlock	4	3 ¹¹	5 ¹¹	3 ¹¹	2	2 ¹¹	19
Wikipedia Allstars	4	2 ⁶	3 ³	2 ¹¹	2	3 ¹¹	16
Pfeffi	4	2 ⁶	4 ¹¹	4 ¹¹	1	4 ¹¹	19



Kino 8 1/2 im Februar

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr

Do., 31. Januar, 19.15 Uhr

Unser Saatgut – wir ernten, was wir säen

Während der letzten hundert Jahre sind beim Saatgut 94 Prozent der Arten für immer von der Erde verschwunden. Der faktenreiche, höchst spannende Dokumentarfilm plädiert eindringlich für die Erhaltung der Vielfalt in der Pflanzenwelt.- Zu Gast: Alexander Artmann vom Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt e. V. (VEN)

USA 2016, Kinostart: 11. Oktober 2018, 94 Minuten

01. und 02. Februar

In My Room

Ein wenig erfolgreicher Kameramann kehrt von Berlin in die ostwestfälische Provinz zurück, als seine Großmutter im Sterben liegt. Als er dort eines Morgens erwacht, ist die Menschheit verschwunden. Mit Anleihen bei einschlägigen Genre-Vorbildern und psychologischen Tiefenbohrungen entwirft die schillernde Robinsonade eine bestechende postapokalyptische Fantasie, die mit großer filmischer Souveränität eine Studie von Männlichkeit zwischen Depression, Neubeginn, Selbstentwurf und Scheitern entwickelt.

D 2018 , Kinostart: 8. November 2018 , 120 Minuten

Do., 07. Februar, 19.30 Uhr – Eintritt frei

Der marktgerechte Patient

Seit der Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf sogenannte Fallpauschalen steht für deutsche Kliniken nicht mehr der kranke Mensch, sondern der Erlös aus seiner Behandlung im Vordergrund. Der Film deckt die gefährlichen Auswirkungen dieser Ökonomisierung auf.

D 2018, Kinostart: 8. November 2018, 82 Minuten

**08. und 09. Februar
und Di., 12. November, 19.30**

Shoplifters (Ladendiebe)

Eine am Rande von Tokio wohnende Gruppe von Menschen hält sich mit kargen Einkünften über Wasser. Sie nehmen auch noch ein vernachlässigtes Mädchen bei sich auf, das neben der warmherzigen Gemeinschaft allerdings bald auch die kleinkriminellen Handlungen der Patchwork-Familie kennenlernt.

Japan 2018, Kinostart: 27. Dezember 2018, 122 Minuten

Mi., 13. Februar, 19.00 – Eintritt frei

Worauf warten wir noch?

Inspiziert von der Transition-Bewegung ist im elsässischen Ungersheim ein Wandel in Kraft getreten, der darauf abzielt, die Abhängigkeit von Öl und nicht regenerativen Ressourcen einzudämmen und zu verringern.

F 2018, Kinostart: 20. September 2018, 119 Minuten

15. und 16. Februar

Gegen den Strom – Woman at War

Eine naturverbundene, eher unscheinbare Isländerin ist inkognito als knallharte Öko-Aktivistin unterwegs und sabotiert die expandierende Aluminiumindustrie durch gezielte Anschläge. Als ihr Antrag auf Adoption eines Kindes bewilligt wird, stellt sie ihre Guerilla-Aktionen in Frage. Die eigenwillige Tragikomödie porträtiert eine dickköpfige Protagonistin, die nicht länger tatenlos der Zerstörung des isländischen Hochlands zusehen will.

Island 2018, Kinostart: 13 Dezember 2018, 101 Minuten

22. und 23. Februar

Colette

Biografischer Film über die ersten Lebensjahrzehnte der französischen Schriftstellerin Colette (1873-1954) und ihre die Konventionen der Zeit irritierenden Affären. Die frühe Eheschließung mit dem Verleger Gauthier-Villars entpuppt sich bald als Gefängnis, deren Fesseln sie mit der Zeit abzustreifen beginnt. Die Inszenierung bemüht sich mit großem Fleiß und viel Einfühlungsvermögen, es nicht bei der Opulenz und der Geisteshaltung der Belle Epoque zu belassen, sondern auch zeitgenössische Aspekte durchscheinen zu lassen.

USA/GB 2018, Kinostart: 03. Januar 2019, 112 Minuten

Mi., 27. Februar, 19.00

Reise nach Jerusalem

In Anwesenheit von Regisseurin Lucia Chiarla

Eine arbeitslose Texterin hält sich in Berlin mit Sozialhilfe und schlechtbezahlten Jobs über Wasser. Ihre Versuche, sich selbstständig zu machen, scheitern allerdings ebenso wie alle Maßnahmen des Arbeitsamtes. Das beklemmende Drama zeichnet das Bild einer umfassenden Entfremdung in einer entsolidarisierten Gesellschaft, in der nach außen hin trotzdem die Fassade des Erfolgs und der optimistischen Zufriedenheit aufrechterhalten werden muss. Die außergewöhnliche Hauptdarstellerin „verkörpert“ das tägliche Scheitern im und am Alltag dabei ebenso schmerzhaft wie unsentimental.

D 2018, Kinostart: 15. November 2018, 118 Minuten

Mehr unter

www.kino-achteinhalf.de/